

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 14. Juni 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Vor schwersten Entscheidungen



Die Tatsache, daß führende Kreise des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit führenden Gewerkschaftern verhandelt haben, hat in der Tagespresse sehr viel Beachtung erfahren. Dabei haben Links- und Rechtspresse sich keinerlei Hemmungen auferlegt. Der „ungeheuerliche Verrat der Gewerkschaftsführer“, den die „Rote Fahne“ allerdings schon so oft in ihren Spalten entdeckt hat, mußte wieder ausgegraben werden und die nationalitische „Deutsche Zeitung“ sprach als Gegenstück von einer „marxistischen Politik reinsten Wassers unter Gewerkschaftsdiiktat“, dem angeblich Regierung und Unternehmer unterstünden. Es mag genügen, diese zwei Stimmen hier zu erwähnen. Unsere Leser werden in der Tagespresse ja ähnliche Wendungen in allerhand Variationen gefunden haben. Eigentlich bedarf es natürlich für geschulte Gewerkschaftsmitglieder keines Beweises, daß die Vertreter des ADGB sich weder zu einer Arbeitsgemeinschaft noch gar zu einem Lohnabbau verstehen würden. Ja, es muß eigentlich jedes Gewerkschaftsmitglied, das sich auch nur einigermaßen um Lohn- und Tariffragen gekümmert hat, genau wissen, daß die Spitzenorganisation der Gewerkschaften über den Lohnabbau oder Lohnbewilligungen überhaupt nicht zu entscheiden hat, sondern daß dies absolute Angelegenheit der einzelnen Gewerkschaften ist. Sie haben durch festgelegte Tarifverträge die Lohnsicherung getroffen, von der weder Unternehmer noch sonstwer abweichen kann.

Aber in der Tat haben Besprechungen der Vertreter der Spitzenorganisation der Unternehmerverbände und Gewerkschaften stattgefunden und — schrecklich zu sagen — sie werden nach Pfingsten erneut erfolgen. Uns erscheint das durchaus kein Fehler; denn wir sind nicht gar so ängstlich, daß wir gleich Verrat schreien, wenn irgendwo Verhandlungen stattfinden. Wir möchten aber aus unserer internsten Kenntnis der Dinge an dieser Stelle kurz andeuten, um was es sich handelt.

Das ungeheure Millionenheer der Arbeitslosen hat ein großes Defizit in der Arbeitslosenversicherung und damit wiederum im Reichshaushalt bei Ländern und Gemeinden zur Folge gehabt. Die langerhoffte vermehrte Bautätigkeit ist infolge des Fehlens öffentlicher Mittel ausgeblieben und damit droht die Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und Verstärkung der Wirtschaftskrise in ungeheuerlichem Ausmaß. Die Anknüpfung der Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde, und wenn die Unternehmer gut beraten wären, so müßten sie erkennen, daß auch sie der Gefahr auf die Dauer nicht entgehen, ihre Existenzmöglichkeiten schwinden zu sehen.

Das ist sicher einer der entscheidenden Gründe, daß die Vertreter der Unternehmer Führung suchten mit den Gewerkschaften, um der furchtbaren Wirtschaftskrise irgendwie beizukommen. Nun ist richtig, daß bei den Verhandlungen die Unternehmer den Plan entwickelt haben, eine stärkere Senkung der Preise herbeizuführen. Das können sie entweder durch Verzicht auf einen Teil ihrer Profitrate, zu dem sie wohl kaum entschlossen sind. Eine zweite Möglichkeit wäre, die Groß- und Kleinhandelszwisehenge w in ne erheblich einzuschränken; denn sie sind ungeheuerlich gewachsen. Aber dieser Weg ist schwierig, weil der

Handel seine eigenen Organisationen hat. Kartellpreisa b b a u aber will das Unternehmertum wohl auch nicht haben. Man hat versucht, als dritten Weg die Vertreter der Arbeiterschaft zu bewegen, die bestehenden Löhne auf bestimmte Zeit festzulegen — wenn die Preissenkung gelänge.

Abgesehen davon, daß uns der Glaube an eine erhebliche Preissenkung fehlt, nach all den bösen Erfahrungen der letzten Jahre, müssen wir doch ausdrücklich feststellen, daß von einem Lohnabbau in diesen Verhandlungen zwar indirekt die Rede war, daß aber die Gewerkschaftsführer kategorisch erklärt haben, daran ist unter gar keinen Umständen zu denken!

Eine zweite Frage, die zur Verhandlung gestellt wurde, war die Anerkennung der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4½ Proz. sowie die Forderung eines Notopfers für die wirtschaftlich besser situierten Kreise.

Es sei also noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß eine Preissenkung auf Kosten der Löhne für die Arbeitnehmer unter gar keinen Umständen für die Verhandlungen in Frage kommt und daß an eine Arbeitsgemeinschaft überhaupt nicht gedacht ist, auch nicht von Seiten der Unternehmer. Wohl aber könnten die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite dazu führen, daß die Erkenntnis von dem ungeheuren Ausmaß der Not und des Elends der Arbeitslosen auch sie bestimmen muß, andere Wege einzuschlagen, als sie das bisher mit ihren Denkschriften usw. empfohlen hatten.

* * *

Inzwischen ist auch das Reichskabinett nach mehrwöchigen Beratungen zu bestimmten Beschlüssen gelangt, die dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung sollen auf 4½ Proz. erhöht werden (begrenzt bis 31. März 1931), eine Reform der Krankenversicherung wird angestrebt. (Angenscheinlich soll auch hier ein Abbau der Leistungen vorgenommen werden.) Weiter soll ein Gesetz über vorübergehende Nothilfe durch die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft geschaffen werden. Die Aufsichtsräte sollen von ihren Tantiemen Beiträge leisten, Ledige (also Männer und Frauen?) 10 Proz. ihrer Einkommensteuer als einmaligen Sonderbeitrag zahlen. Endlich soll aus Zigaretten eine erhöhte Steuer herausgewirtschaftet und durch weitere „Ersparnisse“ die volle Deckung des Haushalts gefunden werden. Es sollen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhebliche öffentliche Arbeiten vergeben werden für Reichspost, Reichsbahn, Kleinwohnungsbau usw. Ein allgemeines Straßenbauprogramm ist vorgesehen und schließlich die Allgemeinsenkung der Produktionskosten und Preise. Zu den letzteren Fragen wird aber das Reichskabinett in seiner zweiten Sitzung erneut Stellung nehmen, bevor die Gesetze dem Reichstag zugeleitet werden.

Die deutschen Gewerkschaften als unmittelbar Beteiligte haben alles Interesse, daß endlich etwas geschieht. Wir müssen überall die Hand anlegen, damit im beschleunigten Tempo endlich Arbeitsbeschaffung erfolgt und die unheimliche Katastrophe vermieden wird, die wie eine dunkle Wolke über Deutschland lagert. E. D.

Der Gesamt-Verband zum Ausgabenlenkungs-gesetz und Notopfer

Der Geschäftsausschuß des Beamtenbeirats des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs fordert die Beamtenschaft seines Organisationsgebietes auf, in Ausführung des Beschlusses des erweiterten Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vom 28. Mai 1930 gemeinsam mit den örtlichen, bezirklichen, provinziellen und Landes-Körperschaften des ADB, den Abwehrkampf gegen die reaktionären beamtenpolitischen Pläne des Reichsfinanzministeriums aufzunehmen.

Der Abwehrkampf richtet sich gegen die Absichten des Reichsfinanzministeriums, durch ein Ausgabenlenkungs-gesetz einen Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, eine weitere Kürzung des Urlaubes, eine Kürzung der Pensionen und Wartegelder, eine Erhöhung der Altersgrenze vorzunehmen, sowie die Entlassung weiblicher Beamten bei ihrer Verheiratung, die Nichtanrechnung der Wartestandszeit auf das Pensionsdienstalter vorzuschreiben und ein allgemeines Besoldungsgesetz für Länder-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamte zu erlassen.

Die im Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs organisierten Beamten haben den Nachweis ihrer ideellen und materiellen Interessenverbundenheit und Solidarität mit den übrigen Arbeitnehmern erbracht. Mit größter Entschiedenheit weist die freigewerkschaftliche Beamtenschaft den geplanten Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des Beamtentums zurück. Diese Maßnahmen stellen einen Teil der Bestrebungen der sozialen und wirtschaftlichen Reaktion dar. Neben den gegen die Beamten-

schaft gerichteten Plänen soll durch Verschlechterung der tarifvertraglichen Bestimmungen, durch Lohnkürzungen und Abbau der Sozialgesetzgebung, die gesamte Arbeitnehmerschaft getroffen und ihre Position geschwächt werden.

Die einseitige Interessenpolitik der jetzigen Reichsregierung zugunsten kapitalistischer und großagrarischer Kreise ist nicht geeignet, die Notlage auf dem Arbeitsmarkt und das Elend der Arbeitslosen zu lindern. Anstatt eine Heranziehung der Leistungsfähigen zur Milderung der Not der Bedürftigen wird eine Sonderbesteuerung in Form eines Notopfers propagiert, die ausschließlich die Beamten und Festbesoldeten belastet. Diese Absicht wird als eine krasse Ungerechtigkeit auf das entschiedenste zurückgewiesen.

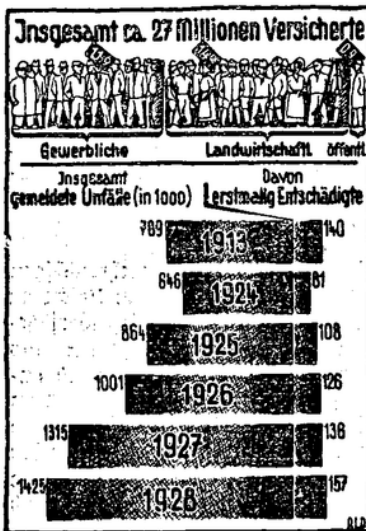
Die im Gesamt-Verband organisierte Beamtenschaft ist gewillt, bei der Ausbringung der zur Linderung der Not der arbeitenden Schichten erforderlichen Mittel im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit mitzuwirken. Voraussetzung dafür ist, daß alle leistungsfähigen Kreise in gerechter Weise herangezogen werden. Sie muß es ablehnen, Lasten zu übernehmen, die ungerecht sind und eine weitere Erschütterung ihrer Existenz bedeuten und fühlt sich einig im Abwehrkampf mit der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestellten-schaft. Die freigewerkschaftliche Beamtenschaft fordert die Öffentlichkeit auf, sie aus Gründen der Gerechtigkeit in diesem Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums zu unterstützen.

Deutschlands Sozialpolitik in Zahlen

II. (Schluß.)

Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen von Arbeitnehmern in den meisten gewerblichen und in allen landwirtschaftlichen Betrieben.

Die Unfallversicherung



zeugt beredt von den Gefahren der Arbeit. Hierüber gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

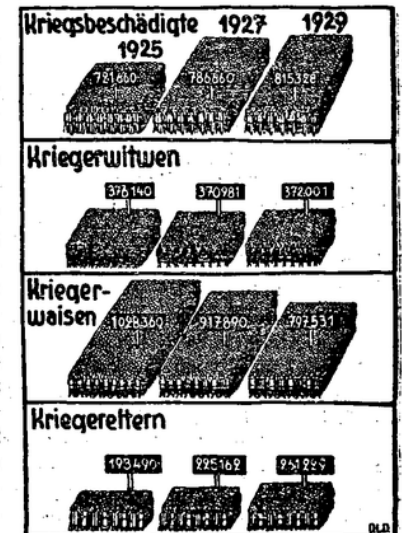
Jahr	Zahl der gemeldeten Unfälle (in Tausend)	Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle (in Tausend)	
		absolut	Prozent
1913	789,4	139,6	17,69
1924	646,0	80,8	12,51
1925	863,5	107,5	12,45
1926	1 011,1	126,4	12,50
1927	1 315,4	136,0	10,34
1928	1 424,6	157,2	13,94

Nach dem Grundsatz: „Vorbeugen ist besser als Heilen“ beschränkt sich die Unfallversicherung nicht darauf, im Falle des Unfalles Renten zu zahlen, sie treibt auch in großem, steigendem Umfange Unfallverhütung. Die Kosten der Unfallversicherung

werden ausschließlich von den Unternehmern im Umlageverfahren getragen. Die Höhe der Renten wird nach der Schwere der Verletzung nach Bruchteilen des Jahresdurchschnittslohnes bemessen.

Die Gesamteinnahmen der Unfallversicherung betragen 1928 rund 400 Millionen Mark, ihre Ausgaben 378 Millionen Mark. — Schon sehr frühzeitig hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Bergmann, der den gefährlichsten und aufreibendsten Beruf hat, auch eines besonderen Versicherungsschutzes bedarf. Durch das Reichsknappschaftsgesetz ist seit dem 1. Januar 1924 die bis dahin bestehende Zerpfitterung des Knappschaftswesens beseitigt und ein Versicherungsträger, die Reichsknappschaft, für das ganze Reich geschaffen worden. Die Reichsknappschaft gewährt den Versicherten für den Fall der Berufsunfähigkeit für den Bergbau, eine besondere Rente, die neben der allgemeinen Invalidenpension bezogen werden kann. Sie umfaßte Anfang 1929 etwa 760 000 Versicherte, denen insgesamt etwa 360 000 Rentenbezieher gegenüberstehen. Auf 2,8 Mitglieder entfällt demnach ein Rentenbezieher, während in der allgemeinen Invalidenversicherung erst auf sieben Mitglieder eine Renteneinheit entfällt. Das Mißverhältnis in der Knappschaftsversicherung erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues. Diese läßt einerseits die Belegschaftsziffer ständig sinken und hat andererseits eine steigende Anzahl von Anträgen auf Ruhelohn zur Folge. Die Einnahmen der Reichsknappschaft betragen 1928 insgesamt 230 Millionen Mark, die zum allergrößten Teil aus den Beiträgen stammen. Die Versicherten tragen 3%, die Arbeitgeber 2%. Im Verhältnis zum Lohn sind die Beiträge mit Rücksicht auf das eben geschilderte ungünstige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern sehr hoch; sie betragen Ende 1928 für Arbeit-

Die deutschen Kriegsoopfer (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene)

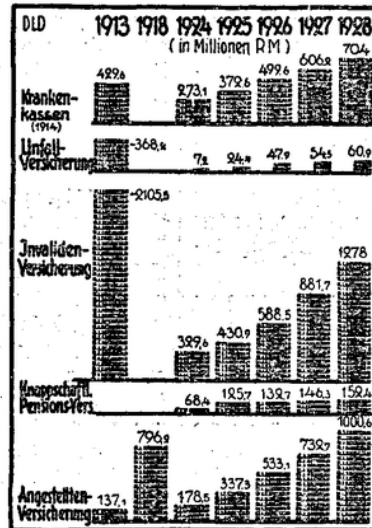


werden ausschließlich von den Unternehmern im Umlageverfahren getragen. Die Höhe der Renten wird nach der Schwere der Verletzung nach Bruchteilen des Jahresdurchschnittslohnes bemessen. Die Gesamteinnahmen der Unfallversicherung betragen 1928 rund 400 Millionen Mark, ihre Ausgaben 378 Millionen Mark. — Schon sehr frühzeitig hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Bergmann, der den gefährlichsten und aufreibendsten Beruf hat, auch eines besonderen Versicherungsschutzes bedarf. Durch das Reichsknappschaftsgesetz ist seit dem 1. Januar 1924 die bis dahin bestehende Zerpfitterung des Knappschaftswesens beseitigt und ein Versicherungsträger, die Reichsknappschaft, für das ganze Reich geschaffen worden. Die Reichsknappschaft gewährt den Versicherten für den Fall der Berufsunfähigkeit für den Bergbau, eine besondere Rente, die neben der allgemeinen Invalidenpension bezogen werden kann. Sie umfaßte Anfang 1929 etwa 760 000 Versicherte, denen insgesamt etwa 360 000 Rentenbezieher gegenüberstehen. Auf 2,8 Mitglieder entfällt demnach ein Rentenbezieher, während in der allgemeinen Invalidenversicherung erst auf sieben Mitglieder eine Renteneinheit entfällt. Das Mißverhältnis in der Knappschaftsversicherung erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues. Diese läßt einerseits die Belegschaftsziffer ständig sinken und hat andererseits eine steigende Anzahl von Anträgen auf Ruhelohn zur Folge. Die Einnahmen der Reichsknappschaft betragen 1928 insgesamt 230 Millionen Mark, die zum allergrößten Teil aus den Beiträgen stammen. Die Versicherten tragen 3%, die Arbeitgeber 2%. Im Verhältnis zum Lohn sind die Beiträge mit Rücksicht auf das eben geschilderte ungünstige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern sehr hoch; sie betragen Ende 1928 für Arbeit-

geber und Arbeitnehmer zusammen etwa 13 Proz. des Lohnes. Daneben müssen die Bergleute und ihre Arbeitgeber aber auch Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entrichten. Ingesamt betrug die Belastung des Lohnes (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) bei den Bergleuten etwa 28,4 Prozent. Die Ausgaben der Knappschaft betragen 1928 rund 227 Millionen Mark. Die Einnahmen deckten also die Ausgaben. Da die finanzielle Lage der Knappschaft bei der abnehmenden

wärtigen Lage des Arbeitsmarktes das Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers oft durch Perioden von Arbeitslosigkeit wesentlich gekürzt wird. Andererseits haben Erhebungen des Statistischen Reichsamtes ergeben, daß häufig über die tarifmäßigen Löhne hinaus Mehrverdienst erzielt wird, so daß das Niveau der tatsächlich verdienten Löhne über den Stand der tarifmäßigen Löhne sich erhebt. — Eine große Rolle in den Ausgabenposten der staatlichen Sozialpolitik spielt die Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen. Nach der letzten amtlichen

Die Vermögensverhältnisse der deutschen Sozialversicherung



Tendenz der bergmännischen Belegschaftsziffern aber immer ungünstiger wird, so ist das Reich im laufenden Jahre mit Zuschüssen zur Beitragsenkung helfend eingesprungen. — Zieht man die zahlenmäßige Bilanz aus den vorstehenden Ausführungen über die Sozialversicherung, so ergibt sich, welche weite Kreise des Volkes von ihr betreut werden und um welche gewaltigen Geldsummen es sich handelt. Das ständige Steigen des Versicherungsaufwandes ist aber weniger auf den gefehlischen Ausbau der Versicherung zurückzuführen, als vielmehr vorwiegend auf die großen Veränderungen im Altersaufbau, Zusammensetzung und Gesundheitszustand der Bevölkerung auf den Vermögensverfall der Versicherungsträger durch die Inflation und die allgemeine Geldentwertung. Nur wenn man sich diese Tatsachen und zugleich die gar nicht abzuschätzenden Segnungen der Sozialversicherung für Gesundheit und Arbeitskraft vor Augen hält, kann man zu einer richtigen Würdigung des Versicherungsaufwandes gelangen, über dessen Anwachsen unser Schaubild Auskunft gibt. — Ueber das Verfall während der Inflation und seinen Wiederaufbau unterrichtet ein weiteres Schaubild. — Von einschneidender Bedeutung für die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitnehmers ist die Höhe des von ihm verdienten Lohnes. Das starke Vordringen der Tarifverträge — am 1. Januar 1928 standen insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die 912 006 Betriebe und 12,2 Millionen Arbeitnehmer umfaßten — hat in der Nachkriegszeit die statistische Erfassung des Tariflohnes erleichtert.

Nach der Stabilisierung wurden die Löhne entsprechend den damaligen Geldverhältnissen niedrig festgesetzt. Seitdem ist ein fast ständiges Steigen der Lohnhöhe zu verzeichnen, das in seinen Auswirkungen allerdings teilweise durch die Verteuerung der Lebenshaltung ausgeglichen wurde. Ueber die Entwicklung des Lohnniveaus gibt die untenstehende Tabelle Auskunft. — Bei der Würdigung der vorstehenden Ziffern darf man einerseits nicht übersehen, daß die Goldlöhne nach der Stabilisierung außerordentlich niedrig angesetzt wurden, daß von den Verdiensten noch die nicht unerheblichen Sozial-

Die berufliche Stellung der Erwerbstätigen in Deutschland

1907: ca. 25 Millionen Erwerbstätige

Selbständige (große u. kleine) Arbeiter Mittelfamilienangehörige

1925: ca. 32 Millionen Erwerbstätige

Selbständige (große u. kleine) Arbeiter Mittelfamilienangehörige

Einwohnerzahl Deutschlands 1907: ca. 55 Millionen

Einwohnerzahl 1925: ca. 62,5 Mill. (Zunahme: 13,5 v.H.)

Kapitalknappheit und der dadurch bewirkte hohe Zinsfuß haben neben anderen Umständen in der Nachkriegszeit das Bauen so erschwert, daß ohne staatliche Hilfe der Wohnungsbau mehr oder weniger zum Erliegen gekommen wäre. Der Fehlbedarf an Wohnungen, der hauptsächlich durch das Ruhen der Bautätigkeit während der Kriegsjahre hervorgerufen worden ist und der seinerzeit auf etwa 600 000 bis 800 000 Wohnungen berechnet worden ist, wäre dadurch ins ungemessene gewachsen. In den Nachkriegsjahren ist es trotz vielfältiger Schwierigkeiten gelungen, folgende Zahlen an Neubauwohnungen zu erzielen, die freilich in ihrer Auswirkung für den Wohnungsbestand durch Abbrüche usw. eine gewisse Minderung erfahren haben: 1919: 60 861, 1920: 108 307, 1921: 141 498, 1922: 134 970, 1923: 125 940, 1924: 115 376, 1925: 191 812, 1926: 220 529, 1927: 306 834, 1928: 330 442. — Ob 1929 das günstige Ergebnis von 1928 wieder erreicht worden ist, steht noch nicht fest. Immerhin dürfte es auch in diesem Jahre gelungen sein, den Fehlbedarf zu verringern, da man glaubt, daß zu der Deckung des laufenden Bedarfs der jährliche Neuzugang von etwa 225 000 bis 250 000 Wohnungen ausreicht.

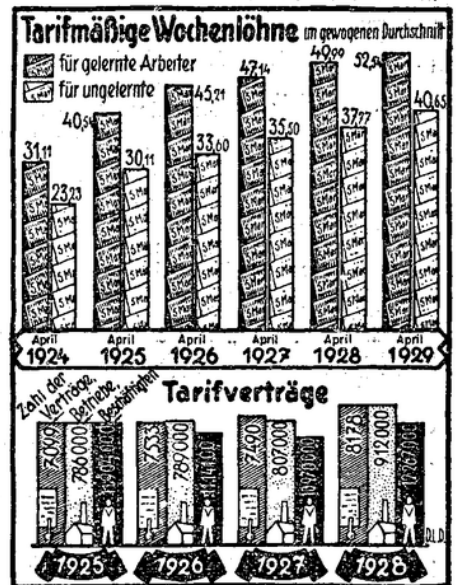
Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen ohne Unterschied des Geschlechts Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren, sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.

abgaben und Steuern in Abzug kommen und daß bei der gegen-

Tarifmäßige Wochenverdienste gelernter und ungelernter Arbeiter im gewogenen Durchschnitt der wichtigsten Gewerbegruppen (in Reichsmark).

April	Gelernte	Ungelernte	April	Gelernte	Ungelernte
1924	31,11	23,23	1927	47,14	35,50
1925	40,54	30,11	1928	49,99	37,77
1926	45,21	33,60	1929	52,54	40,65

Tariflöhne und Tarifverträge



A. Bebel.

Zum Abschluß der Berliner Lohnbewegung

Ueber den Verlauf der Berliner Lohnbewegung ist bisher in Nr. 16 und 20 der „Gewerkschaft“, Beilage Öffentlicher Dienst, berichtet worden. Es konnte im letzten Bericht mitgeteilt werden, daß, nachdem die tariflichen Schiedsinstanzen, zuletzt Zentralauschuß, ohne Ergebnis tätig waren, es dennoch gelang, in einem von den Parteien eingesetzten Schiedsgericht mit 3 unparteiischen Vorsitzenden einen Spruch zu erwirken, nach welchem die Löhne der Kammereiarbeiter ab 1. Lohnwoche im April um 2 Pf. und ab 1. Lohnwoche im Oktober um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Diese Entscheidung war für den Kommunalen Arbeitgeberverband und für unsere Organisation für den Bereich der Kammereiarbeiter verbindlich. An dem Schiedsverfahren waren, wie auch in den Vorjahren, Vertreter der städtischen Gesellschaften beteiligt, und es war Aufgabe der Organisation, auch für die Beschäftigten in den städtischen Gesellschaften eine gleiche Erhöhung der Löhne zu erzielen. Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben nach Anhörung ihrer Aufsichtsratskörperschaften einer gleichartigen Erhöhung der Löhne zugestimmt, so daß damit für die Kammerei- und für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter die Lohnbewegung beendet war.

Äußerst schwierig gestalteten sich die Verhandlungen mit der Berliner Verkehrs-A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß wider Erwarten, dem Schiedspruch für die Kammereiarbeiter nicht beizutreten, lehnte also eine Erhöhung der Löhne für die Verkehrsarbeiter (Straßenbahn, Aboag, U-Bahn) ab, so daß die Ortsverwaltung gezwungen war, über die Festsetzung der Löhne bei der BVG. den gesetzlichen Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in Anspruch zu nehmen. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde vom gesetzlichen Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch verkündet, nach welchem der tarifliche Stundenlohn der Fahrer im Personen-, Post-, Rangierdienst usw. (Tarifvertrag I) und der Stundenlohn des Handwerkers (Tarifvertrag II) ebenfalls um 2 Pf. ab 1. Lohnwoche April und um einen weiteren Pfennig ab 1. Lohnwoche Oktober erhöht werden, weiter soll es hinsichtlich der Löhne der übrigen Gruppen bei der bisherigen prozentualen Staffelung verbleiben. Mit welcher Schärfe die Verhandlungen vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß geführt wurden, mag aus folgender von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses dem Schiedspruch beigegebenen Begründung ersichtlich sein:

„Weder die bisherige Entwicklung der Preise auf dem Warenmarkt noch die allgemeine Wirtschaftskrise, die dazu geführt hat, daß mehr als 3 Millionen Arbeitnehmer aus der deutschen Produktion ausgeschaltet sind, rechtfertigen die vom Antragsteller geforderte Erhöhung der Löhne. Diese Forderung kann nur damit begründet werden, daß der Magistrat der Stadt Berlin seinen Arbeitern eine Lohnzulage zubilligt hat und daß sich die übrigen städtischen Gesellschaften dem angeschlossen haben.“

Selbst in weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung ist es nicht verstanden worden, daß eine kleinen Gruppe von Arbeitnehmern unter den augenblicklichen katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Erhöhung ihrer Bezüge gewährt worden ist, denen es sicher nicht außergewöhnlich gut geht, die aber doch, von den schlechter bezahlten Industriearbeitern ganz abgesehen, bisher bereits günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen hatten als die preussischen Staatsarbeiter, die Arbeiter des Reichs und der Reichsbahn und die insbesondere in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht den furchtbaren Druck der ständig drohenden Entlassung und die Entbehrungen einer mehr oder weniger langen Arbeitslosigkeit kennen, unter der große Teile der Arbeiter und Angestellten der privaten Wirtschaft heute leiden.“

Hinzu kommt, daß die erhöhten Bezüge aus dem Ertrag der städtischen Gesellschaften gezahlt werden müssen, deren Tarife schon jetzt in ihrer nicht durch die Betriebskosten, sondern durch den Finanzbedarf der Stadt Berlin bedingten Höhe als eine kaum noch erträglich unsoziale, indirekte Steuer empfunden werden.“

Wenn die Kammer trotzdem eine Lohnzulage in Vorschlag bringt, so lediglich aus der Erwägung, daß es unbillig wäre, die Belegschaft der Antragsgemein in ungünstiger zu stellen als die Arbeiter der Stadt Berlin und der übrigen städtischen Werke.“

Zu dieser Begründung, die anscheinend aus einer ganz bestimmten Tendenz heraus entstanden ist und leider eine Reihe erheblicher Unrichtigkeiten enthält, muß auch an dieser Stelle einiges gesagt werden.

Die Behauptung, daß die Forderung der Verkehrsarbeiter nur damit begründet werden kann, daß der Magistrat der Stadt Berlin seinen Arbeitern eine Lohnzulage zubilligt hat, der sich die übrigen städtischen Gesellschaften angeschlossen haben, trotzdem die bisherige Entwicklung der Preise auf dem Warenmarkt die geforderte Erhöhung der Löhne kaum rechtfertigt, ist mehr als irreführend und sollte von einem Vorsitzenden, der der Leiter einer der wichtigsten Schlichtungsausschüsse ist, nicht ausgesprochen werden. Tatsache ist, daß in Berlin eine Erhöhung der

Fahrpreise auf sämtlichen Berliner Verkehrsmitteln einschließlich Stadt-, Ring- und Vorortbahn um 25 Proz., daß eine Erhöhung der Preise für Gas um 16½ Proz., eine Erhöhung des Strompreises um 25 Proz. eingetreten ist und nach der eigenen Errechnung desselben Vorsitzenden des gesetzlichen Schlichtungsausschusses allein eine Mehrbelastung des Durchschnittshaushalts von 8 Mk. im Monat ausmacht. Schließlich dürfte dem Herrn Vorsitzenden der Kammer nicht unbekannt sein, daß die Errechnung der Berliner Meßziffer, die trotz der eingetretenen Preiserhöhung und der Erhöhung der Werkstarife im gleichen Monat eine kleine Senkung aufwies, die tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung nicht ausweist. Eine Nachfrage bei dem Statistischen Amt der Stadt Berlin hat folgendes merkwürdige Recheneispiel ergeben: Der Berechnung des Berliner Lebenshaltungsindex ist für Ausgaben an Fahrgehd bei der zugrunde gelegten fünfköpfigen Normalfamilie ein monatlicher Betrag von 6 Mk. vor der Fahrpreiserhöhung, also bis einschließlich Januar 1930, zugrunde gelegt worden. Nach der Erhöhung der Fahrpreise auf sämtlichen Berliner Verkehrsmitteln um 25 Proz. ist bei der Berechnung des Indexes eine Erhöhung der Ausgaben dieser Normalfamilien für Fahrgehd von 6 Mk. pro Monat auf 6,01 Mk. — also 1 Pf. — gestiegen. Für den Fachmann wird dieses Berechnungsergebnis zumindest äußerst merkwürdig und für den Laien völlig unbegreiflich sein. Wenn solche Errechnungen für die Herren Schlichter allerdings als alleiniger Maßstab für die Begutachtung der beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse der streitenden Parteien maßgebend sind, sind solche Begründungen die Folge, wie sie in diesem Falle im 1. Absatz gegeben ist.

Zum 2. Absatz der Begründung können wir nur mitteilen, daß uns, die wir mit der arbeitenden Bevölkerung Berlins in engerer Verbindung stehen als der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, bis zur Stunde nicht bekannt geworden ist, daß in weiten Kreisen der Berliner arbeitenden Bevölkerung die Erhöhung der nach Meinung des Schlichters nicht außergewöhnlich guten Löhne der Kammerei- und Werksarbeiter um 2 + 1 Pfennig eine Mißstimmung hervorgerufen hat. Im 3. Absatz der Begründung gestattet sich der Vorsitzende eine Extratour auf das Glatteis der Kommunalwirtschaft, insbesondere der zurzeit schwierigen Frage der Bilanzierung der Etats. In diesem Teil der Begründung unterzieht der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses die Maßnahmen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes und des Magistrats einer Korrektur, die zurückzuweisen ist.

Der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-A.-G. hat in seiner wenige Tage nach dem Schiedsverfahren nochmals abgehaltenen Aufsichtsratsitzung dem Ergebnis des Schiedspruches zugestimmt, so daß auch für die etwa 25 000 Berliner Verkehrsarbeiter die Lohnbewegung abgeschlossen ist.

Bei der Gasbetriebsgesellschaft haben, da die Verhandlungen über den Neuabschluß des Mantel- sowie des Lohn-tarifvertrages gescheitert sind, gleichfalls Verhandlungen vor dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß stattgefunden. In der Lohnstreitfrage wurde entsprechend der bisherigen Uebung ein Schiedspruch gefällt, der eine gleiche Erhöhung der Löhne, wie sie bei den Kammereiarbeitern und bei den städtischen Werksarbeitern erfolgt ist, vorsieht. Bezüglich des Manteltarifvertrages war die wesentliche Forderung die Herabsetzung der Arbeitszeit für die im Schichtwechsel beschäftigten Kollegen auf 48 Stunden pro Woche. Nach dem bisher geltenden Tarifvertrag konnte die Arbeitszeit für im Schichtwechsel beschäftigte Arbeitnehmer bis zu 53 Stunden ausgedehnt werden. Tatsächlich wurde 51 bis 53 Stunden gearbeitet. Unverständlicherweise hat hier der Schlichtungsausschuß eine den derzeitigen Verhältnissen entsprechend notwendige Konsequenz nicht gezogen. Mit dem Schiedspruch über den Manteltarif wird den Parteien empfohlen, den bisherigen Manteltarifvertrag unverändert auf ein Jahr zu verlängern.

Dergleicht man diesen Schiedspruch in bezug auf die Arbeitszeitforderung unsererseits mit den Ausführungen desselben Schlichters in der oben abgedruckten Begründung zum Schiedspruch der BVG., in dem darüber mit Recht geklagt wird, daß mehr als drei Millionen Arbeitnehmer aus der deutschen Produktion ausgeschaltet sind, dann ergibt sich ein Mangel an Logik.

Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß seitens unserer Funktionärkonferenz der Schiedspruch über den Manteltarif und seitens der Direktion der Gasbetriebsgesellschaft der Lohnschiedspruch abgelehnt wird, so daß die Tarifbewegung bei der Gasbetriebsgesellschaft erst mit Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter ihre Erledigung finden wird.

Bergfahrt

Wanderung am Fuße des Wilden Kaisers

W

ann die erste Wärme die Luft durchflutet und die Lieder der Frühlingsvögel wie Girlanden unter dem blauen Himmel hängen, die firnglänzenden Umrisse der Berge im Sonnendunst der Ferne hinter den Dorfhäusern und blauen Wäldern wie hinter Schleiern sichtbar werden, bricht die Wanderlust so jäh aus dem Herzen, daß man Tag und Nacht hindurch wandern und wandern möchte, um die neuerwachte Schönheit der Erde zu begrüßen. Und wenn man aus materiellem Grunde sich der Wanderfreiheit nicht erfreuen kann, so geht man auf der Landkarte mit emsigem Finger die Wege nach, die man schon einmal ging oder entdeckt neue und wiegt sich in Ahnungen und Dorfzweigen, die vielleicht ewig Luftschlösser bleiben. — Jeder hat wohl seine heimlichen Lieben, auch was Landschaften und Wanderwege anbe-

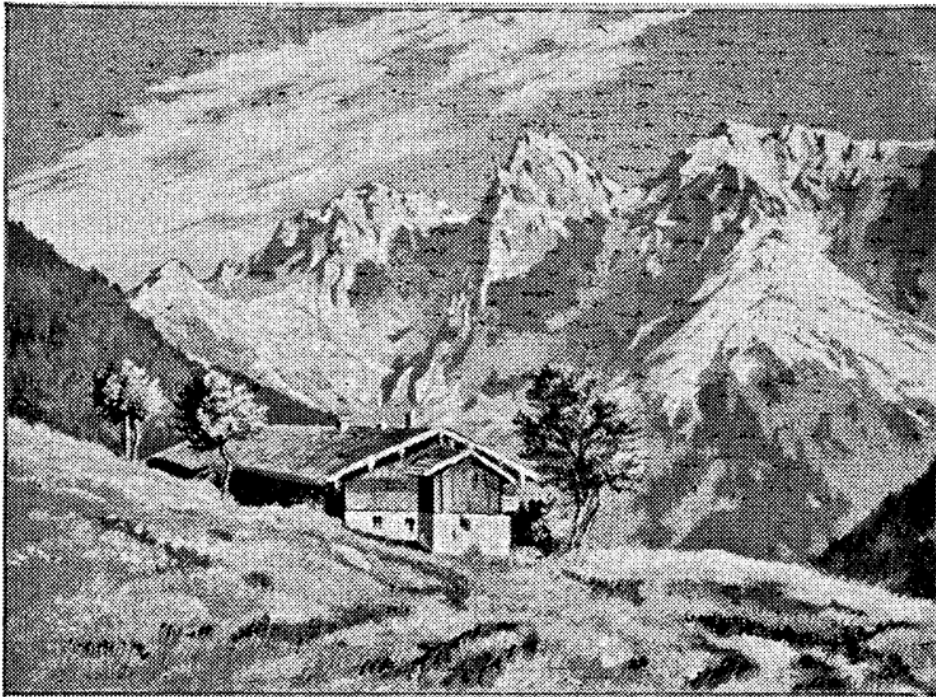
trifft. Von einer Wanderung will ich erzählen, weil ihr erster Teil bald nicht mehr so still-friedlich sein wird, da am 1. Juni dort eine Autostraße freigegeben wurde. Und was das für den Fußgänger bedeutet, davon brauche ich nicht zu sprechen. Mancher wird dann die seitherige Stille auf diesen Pfaden vermissen. Der Weg geht von Baierszell, dem wirklich noch idyllisch-stillen Bergtalort, der vom Wendelstein, der Rotwand, der Aipstiz, dem Sonnwendjoch und anderen Gipfeln überragt wird, zwischen Matten und kleinen Waldungen auf ebener Straße zunächst nach Ur-

sprung, der Tiroler Grenze. Die gleiche Straße, etwas enger werdend, da das Tal schmaler wird und hin und wieder die Felsen zusammenstoßen scheinen, macht nun ein Knie, wendet sich ostwärts, und man sieht das freundliche Oertchen Landl im Tale liegen. Ehe man zu ihm hinabsteigt, entdeckt man wie eine Vision einen Zacken des Wilden Kaisers in der Südostferne kalkweiß in den blauen Himmel ragen. Aber er versinkt hinter den Horizont, wenn man den Weg bergab geht. Hinter Landl beginnt eine ernste und dunkelwandige Einsamkeit. Man merkt kaum das sachte Ansteigen der Straße. Nur der Grund zur Linken, in dem kleine Wildwasser rauschen, wird tiefer und tiefer. Immer wendet man sich wieder um, um die letzte Sonne auf dem weißen Sonnwendjoch zu sehen. Dann schreitet man weiter in die kühler und dunkler werdende Stille. Als man zum abendlich ruhenden Thiersee mit seinem freundlichen Wirtshaus kommt, hat man vom frühnachmittäglichen Aufbruch aus Baierszell bis jetzt gut und gern 20 Kilometer hinter sich. — Am anderen Morgen ist die Sonne noch nicht über die Felsen gestiegen, als man aufbricht. Im fahlen Morgenlicht geht es weiter ostwärts Kuffstein zu. Der Boden ist dürrig. Viel Gestein schaut zwischen den Laichen und fahlen Moosen hervor. Das Herz wird fest umklammert von dem Eindruck dieser tiefsten Landschaft. Dann aber erlebt man etwas, was zu den schönsten Geschenken gehört, welche die Bergwelt geben kann. Man hat einen sanft ansteigenden Hohlweg beschritten. Auf seiner Höhe angelangt, stoßt einem fast der Herzschlag: die ganze Pracht des Wilden Kaisers, hinter dessen gigantischen, frühlingsschneegleichen Felsrissen die Sonne aufsteigt, strahlt aus dem Rahmen, den die gelben Steinwände des Hohlweges bilden, dem Wanderer entgegen. Tief unten im Tale liegt Kuffstein mit seiner alten Festung. Und während man hinabsteigt, den Blick immer wieder auf den Wilden

Kaiser gerichtet, der mehr und mehr hinter den Vorbergen verschwindet, bis nur noch die Gipfelzacken wie Diabeme über den Wäldern schweben, betritt man sanft grünende Matten, aus denen das Blau des Enzians leuchtet.

Don Kuffstein, graben sich viele Wege hinein in die felsigen Gefahren des Wilden Kaisergebirges. Aber sie seien nur geübten Bergsteigern und Kletterern geraten. Denn immer wieder fordern diese zackigen Felsmassen ihre Opfer. Für den besinnlich Wandernden aber gibt es einen prächtigen Weg am Fuß des Vorderen Kaisers entlang. Man geht eine Weile den Inn aufwärts, biegt dann bei Endach südöstlich auf die Straße, die zum Hintersteinersee führt. Allerdings muß man eine Stunde recht steilen, aber — da der Felsweg gesichert ist — ungefährlichen Steigens über die Steinerne Stiege (einem Zacken aus der Vorhut des Kaisers) mit in

den Kauf nehmen. Die Mühe wird wahrhaft belohnt. Denn auf der Höhe von etwa 1000 Meter breitet sich ein kleines Hochplateau, auf dem der Hintersteiner See einsam und blau, von moosigen, kiefern- und lärchenbestandenen Ufern eingefangen, vor dem großartig sich auf-türmenden Kaiser ruht. Groß und still ist diese Landschaft, durch die man wandert, als läge die Welt weit, weit hinter einem. Wenn man vom West- zum Ostzipfel des Sees geschritten ist, nimmt einen der Wald auf und man geht zwei, drei Stunden, bis man, über Scheffau, bei Pöcking wieder die große Straße



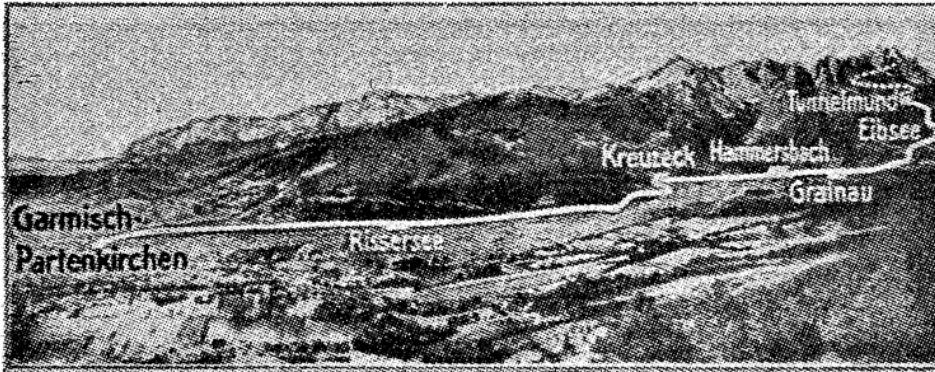
Blick vom Pfandshof auf Wilden Kaiser

erreicht. Nun wandert man auf ebenem Weg, zur Linken immer die wechselnd beleuchtete Pracht des Gebirges, an kleinen Ortschaften vorbei, durch Matten mit kristallklaren Bächen, weiter, immer weiter, bis der Abend kühl und dunkel anbricht. Im Weiler Going findet man ein bescheidenes Nachtlager. Der Schlaf will nicht kommen, denn man steht zu sehr im Banne der steinernen Giganten. Immer wieder steht man am Fenster und sieht den Reigen der Sterne über den Felsköpfen schweben und das Mondlicht in tiefe Rinnen und Spalten fließen. Die erhabene Schönheit der Bergwelt läßt das vergängliche Sein des Menschen vergessen und man fühlt sich so unendlich reich denen gegenüber, denen durch wirtschaftliche Verhältnisse oder körperliche Gebrechen das Schöne der Wunderwelt in den Bergen leider verjagt bleibt.

Am anderen Morgen bei strahlender Sonne möchte man fast mit der Hurligkeit des Waldbades zur Seite durch die lichten Waldungen und die Wiesen springen, so leicht und unbeschwert fühlt man sich. Als man in der stattlichen Ortschaft St. Johann ankommt mit ihrer behäbigen Schönheit der Häuser, wo unter den umherstehenden Bauern gewiß mancher Vieh- und Frucht-handel eingeleitet wird, findet man hier das Landschaftsbild verändert. Die Kaiser Gipfel liegen hintereinander geschichtet im Westen, und von Osten locken die seltsamen, teils abgeflachten Formen der Loferer Steinberge. Aber man widersteht für diesmal dieser neuen Lockung und wendet sich südwärts dem lieblichen Kitzbühel zu, dessen mittelalterliche Straßen und Plätze, dessen gotische Kirchen und mächtigen Tortürme, dessen landschaftliche Schönheit — welliges Wiesengelände, mittlere Höhen und das etwas ferner gewordene Bild des Kaisergebirges — zum Verweilen laden. J. R.

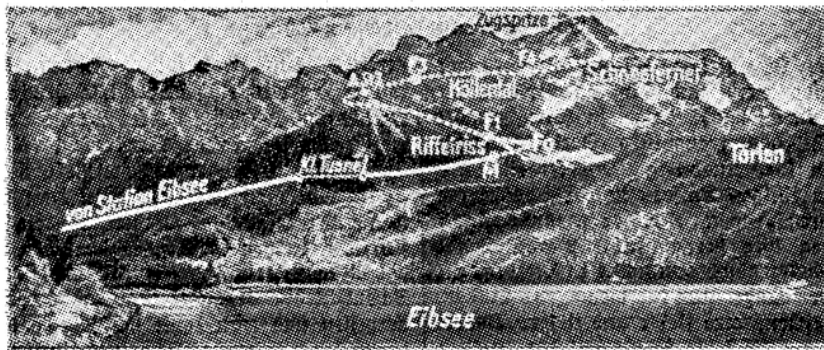
Der Bau der bayerischen Zugspitzbahn

Oberbayerern ist das Ziel und die Sehnsucht vieler Tausende, die in den Bergen Auffrischung der verbrauchten Nervenkräfte suchen und auch finden. — Garmisch-Partenkirchen, im amnütigen Tal der Loisach gelegen, ist der Ausgangspunkt vieler Hochtouristen, die von hier aus den Weg ins Wettersteingebirge nehmen und deren Ziel die Zugspitze ist. Aber wie groß ist die Zahl derer, die den Strapazen eines zwölf- bis vierzehnstündigen mühevollen Steigens nicht gewachsen sind, um die erhabene Schönheit der Alpenwelt in sich aufnehmen zu können. — Dem genialen Unternehmungsgeist und dem Wagemut unserer deutschen Ingenieure ist es zu danken, daß heute auch der körperlich Schwächere den höchsten Berg Deutschlands, den 2964 Meter hohen Zugspitzgipfel mühelos erreichen kann. Denn unvergleichlich ist von hier der Rundblick über die gigantischen Felsen und schneeleuchtenden Gipfel, hinab auf den in Waldesgrün gebetteten Eibsee und ins tiefe Loisachtal, weit hin über die Bayerischen und Tiroler Berge in die Schweiz hinein, bis der ferne Horizont dem Auge eine Grenze bietet. — Der Plan, die Zugspitze auch der Allgemeinheit zugänglich zu machen, wurde bereits vor etwa 20 Jahren angeregt, konnte jedoch durch den Ausbruch des Krieges nicht zur Ausführung gelangen. Durch die erneute Ausschreibung der Konzession durch die Bayerische Regierung erfolgte am 18. Juni 1928 die Gründung der Bayerischen Zugspitzbahn A.-G. — Im Juli 1928 wurden die Vorarbeiten zu diesem gewaltigen Bahnbau begonnen, der für gemeinsame Rechnung der Allgemeinen Lokalbahn und Kraftwerke A.-G., Berlin, und der AEG, Berlin durchgeführt wird. Mit rastlosem Eifer ging es ans Werk, denn in der kurzen Zeit von zwei Jahren, also bis zum Sommer 1930 sollte die Bahn mit Rücksicht auf den internationalen Besuch anlässlich der Oberammergauer Passionsspiele fahrbereit sein. — Die gesamte Bauleitung liegt in den Händen der AEG., der auch die Lieferung der elektrischen Ausrüstung übertragen wurde. — Von Garmisch fährt die Bahn mit der gewöhnlichen Tallokomotive über Riffelsee, Kreuzeck, Hammersbach bis Grainau, und hier beginnt der nun einsehenden größeren Steigung wegen die Zahnstangenstrecke. Diese führt über den Nordwestabhang der Riffelwand und geht dann beim Riffelriß in 1650 Meter Höhe in einen $4\frac{1}{2}$ Kilometer langen Tunnel. — Der Bau der nur wenig steigenden Strecke Garmisch-Eibsee bot nur geringe Schwierigkeiten, aber ungleich größere die langwierigen Verhandlungen über den Grunderwerb mit 180 meist bäuerlichen Besitzern, wodurch die Arbeiten dieser Bahnstrecke um ein halbes Jahr verzögert wurden. — Ganz außerordentlich schwierig gestalteten sich dagegen die Arbeiten auf der Bergstrecke, wo, um die Bahn rechtzeitig fertigstellen zu können, der Tunnelbau an fünf Stellen zugleich in Angriff genommen werden mußte. — Auch hier zeigten sich neue Schwierigkeiten. Die Genauigkeit der vorhandenen Pläne genügte wohl für die Talstrecke, aber für das zum Teil noch unerforschte Gipfelgebiet waren neue Schichtpläne erforderlich. — Nach einem ganz neuen, von Deutschen erdachten Verfahren, wurden von der Photogrammetrie G. m. b. H. in München mit selbstschreibenden photo-sterometrischen Apparaten unter Zuhilfenahme von Flugbildern, die notwendigen Aufzeichnungen hergestellt. — Um ein genaues Aufeinandertreffen



Linienführung der Zugspitzbahn

denn man mußte noch vor Beginn des hier oben fast arktischen Winters in den Berg hinein, um die Arbeiten unbehindert fortsetzen zu können. — Von verwegenen Bergsteigern mußten auf fast unzugänglichen Wegen an der zum Teil senkrecht abstürzenden Nordwand des Gipfelmassivs, durch Lawinen und Steinfall gefährdet, Steige gesprengt werden, um das notwendigste Gerät für den Bau der Hilfsseilbahnen heranzubringen, die zu den einzelnen höher liegenden Angriffsstellen führen sollten. Saumpfade wurden angelegt, um mit Hilfe von Maultieren die Baustoffe bergan zu bringen, die dann von Menschen höher hinauf getragen wurden. Bis an die Hüften im Schnee stehend, mußten die Wege mit Pöcke und Schaufel gangbar gemacht werden. — Wo bis vor kurzem nur tiefes Schweigen und Einsamkeit walteten, setzte nun das Dröhnen und Krachen der Sprengschüsse ein, um den Eingang in den Felsen zu erzwingen. Wo nur ein einziger steiniger Weg den Aufstieg gestattete, ist jetzt Pfad neben Pfad, überall die Ameisenarbeit zielbewusster Menschen. — Auswurfstollen wurden geschaffen, um die abgesprengten Steinmassen durch Schüttelrutschen schnell abzuführen zu können. — Am Riffelriß entstand ein ganzes Lager von Zelten und Baracken, ein Netz von Leitungsdrähten und Schienen. Eine Unzahl von Arbeitsgeräten wurde herangeschafft. In den Felshöhlen wurden Kantinen und Baracken angelegt, die in schwindelnder Höhe an der Felswand kleben, um für die 2000 Arbeiter teilweise Unterkunft zu schaffen. Überall ein Höllensärm von Motoren, Kompressoren und das ferne Knarren der Druckluftschlämmer. Hornsignale und ein ohrenbetäubender, langsam verhallender Donner künden von einer neuen Sprengung des Gesteins. Langsam breiten sich die gelbweißen Schwaden um die Felsen. In Dunst und Staub schaffen die wackeren Menschen munterweg an ihrem Werk. Um die Arbeiten auf der Bergstrecke zu fördern, mußte unter besonderen Schwierigkeiten die erste 29 Tonnen schwere Zahnradlokomotive zum Eibsee hinaufgeschafft werden. Bis Grainau wurde sie, da die Talstrecke durch den Bau eines kurzen Tunnels noch gesperrt war, mit der Reichsbahn verfrachtet, hier auf einen



Fortsetzung zur Bergspitze

beim Durchbruch der einzelnen Abschnitte im Berginnern zu sichern, mußte ein neues Triangulationsnetz über das Gipfelgebiet gelegt werden. — Um in den Berg hineinzukommen, bedurfte es fast übermenschlicher Anstrengung und Aufopferung. Mit nicht hoch genug anzuerkennendem Mut und Entschlossenheit der Arbeiter ging es ans Werk. — Bis zu dem in 1000 Meter Höhe liegenden Eibsee führt noch eine fahrbare, steil ansteigende Straße, doch hier beginnt bereits ein fast unwegsames Gebiet. — Um die Tausende von Tonnen Baumaterial bis zu dem annähernd 3 Kilometer entfernt liegenden Tunnelmund in 1650 Meter Höhe heranzubringen, mußte eine leistungsfähige Materialseilbahn angelegt werden. — Zwei Monate genügte, um den Bau von 2,5 Kilometer Länge auszuführen, und diese Hilfsbahn konnte mit der zu gleicher Zeit fertig gestellten

Baufröhmleitung am 1. Oktober 1928 in Betrieb genommen werden. — Für die erforderliche elektrische Kraft war am Eibsee ein provisorisches Unterwerk gebaut, über das die Tjarkwerke nach dem Riffelriß Drehstrom von 8500 Volt lieferten. — Nun begannen die Arbeiten am Tunnelmund,

denn man mußte noch vor Beginn des hier oben fast arktischen Winters in den Berg hinein, um die Arbeiten unbehindert fortsetzen zu können. — Von verwegenen Bergsteigern mußten auf fast unzugänglichen Wegen an der zum Teil senkrecht abstürzenden Nordwand des Gipfelmassivs, durch Lawinen und Steinfall gefährdet, Steige gesprengt werden, um das notwendigste Gerät für den Bau der Hilfsseilbahnen heranzubringen, die zu den einzelnen höher liegenden Angriffsstellen führen sollten. Saumpfade wurden angelegt, um mit Hilfe von Maultieren die Baustoffe bergan zu bringen, die dann von Menschen höher hinauf getragen wurden. Bis an die Hüften im Schnee stehend, mußten die Wege mit Pöcke und Schaufel gangbar gemacht werden. — Wo bis vor kurzem nur tiefes Schweigen und Einsamkeit walteten, setzte nun das Dröhnen und Krachen der Sprengschüsse ein, um den Eingang in den Felsen zu erzwingen. Wo nur ein einziger steiniger Weg den Aufstieg gestattete, ist jetzt Pfad neben Pfad, überall die Ameisenarbeit zielbewusster Menschen. — Auswurf-

stollen wurden geschaffen, um die abgesprengten Steinmassen durch Schüttelrutschen schnell abzuführen zu können. — Am Riffelriß entstand ein ganzes Lager von Zelten und Baracken, ein Netz von Leitungsdrähten und Schienen. Eine Unzahl von Arbeitsgeräten wurde herangeschafft. In den Felshöhlen wurden Kantinen und Baracken angelegt, die in schwindelnder Höhe an der Felswand kleben, um für die 2000 Arbeiter teilweise Unterkunft zu schaffen. Überall ein Höllensärm von Motoren, Kompressoren und das ferne Knarren der Druckluftschlämmer. Hornsignale und ein ohrenbetäubender, langsam verhallender Donner künden von einer neuen Sprengung des Gesteins. Langsam breiten sich die gelbweißen Schwaden um die Felsen. In Dunst und Staub schaffen die wackeren Menschen munterweg an ihrem Werk.

Um die Arbeiten auf der Bergstrecke zu fördern, mußte unter besonderen Schwierigkeiten die erste 29 Tonnen schwere Zahnradlokomotive zum Eibsee hinaufgeschafft werden. Bis Grainau wurde sie, da die Talstrecke durch den Bau eines kurzen Tunnels noch gesperrt war, mit der Reichsbahn verfrachtet, hier auf einen

tragfähigen Wagen umgeladen und mit Hilfe von Traktoren unter unfüglichen Mühen auf enger und steil ansteigender Straße mit vielen Windungen nach ihrem Bestimmungsort befördert. Auf provisorisch angelegtem Zahnstangengeleise konnte sie zum wirksameren An- und Abtransport von Materialien und Menschen gute Dienste leisten. Baulokomotiven, Kippwagen und ähnliche Hilfsmittel waren hier der großen Steigung wegen nicht mehr verwendbar.

Der Weg des 4,5 Kilometer langen Tunnels führt vom Riffelriß in großen Windungen an den Fenstern vorüber bis zu dem 2650 Meter hoch gelegenen Schneeferner.

Hier bietet ein provisorisch errichtetes Touristenhaus 400 bis 500 Personen eine gute Unterkunftsmöglichkeit.

Für die kurze Endstrecke von 300 Metern bis zum Gipfel ist eine Seilschwebbahn vorgesehen.

Das im Bau begriffene Schneefernerhaus am Platt, ein Hotel, das bescheidenen wie größeren Ansprüchen genügen wird, bietet auch Reisenden, die Erholung in Luft und Sonne suchen, Gelegenheit zu längerem Aufenthalt. Die großen Terrassen und weiten Flächen liegen sämtlich nach Süden und sind somit der Höhen Sonne unbehindert ausgesetzt. — Eine besondere Anziehungskraft wird der Schneeferner auch auf alle Freunde des Schneeschuhsports ausüben.

Die sechs Quadratkilometer große sonnen durchflutete Fläche, die bis auf 2300 Meter sanft abfällt, ist ein ideales Skigebiet, das bis weit in den Sommer hinein eine gute Sportmöglichkeit bietet. — Die neue Bahnverbindung gestattet es, von München aus den Zugspitzgipfel in dreieinhalbstündiger, angenehmer Bahnfahrt leicht zu erreichen. — Am 19. Dezember 1929 ist der erste Teil der Bahn bis Eibsee dem regelmäßigen Verkehr übergeben worden. Die bisherigen Betriebsmittel gestatten in jeder Richtung bis zu 720 Personen zwischen Garmisch und Platzferner, und 300 Personen von hier bis zum Gipfel in einer Stunde zu befördern, denn auch für den Winter ist mit einem starken Verkehr zu rechnen. — Für die Sicherheitseinrichtungen der Betriebsmittel sowie zur Vermeidung etwaiger Unfälle ist auf das denkbar Beste gesorgt und alle zurzeit bestehenden technischen Hilfsmittel haben hier Verwendung gefunden. Die Tallokomotiven haben Kurzschlußbremsen, Luftsaugbremse und Handbremse, wie auch sämtliche Wagen mit Luftsaug- und Handbremse ausgestattet sind. Die Zahnradlokomotiven haben vier voneinander unabhängige Bremsen.

Die Fahrgeschwindigkeit beträgt auf der Talstrecke 40, auf der Bergstrecke 9 Kilometer in der Stunde. Bei Ueberschreitung der Höchstgeschwindigkeit tritt auf der Zahnradlokomotive eine selbsttätige Fliehkraftbremse in Tätigkeit, die auch gleichzeitig die Bremsen an den Wagen auslöst. Der Betrieb ist durchweg elektrisch.

Ein gewaltiges Werk deutscher Ingenieurkunst geht seiner Vollendung entgegen. Allen Mitarbeitern, vom ersten Ingenieur bis zum letzten Arbeitsmann gebührt die größte Hochachtung und Bewunderung für diese kühne Tat, die sie in unermüdlicher und entsetzungsreicher Arbeit geleistet haben.

Streifzug durch die Alpenflora

Der Naturfreund wird von der natürlichen Pracht der Pflanzen in der herrlichen Alpenwelt mit ihrem Farben- und Formenreichtum immer wieder in ihren Bann gezogen. Hat man z. B. in Tirol das breite Tal mit den Mais-, Gerste- und Weizenfeldern, Wiesen und den gutgepflegten Obst- und Gemüsegärten verlassen, dann geht es am rauschenden Bergbach durch wundervollen Mischwald aufwärts. Bis auf 1000 bis 1200 Meter Höhe begleiten uns noch Kiefern, Lärchen, Erlen, Fichten und an feuchten Stellen auch einzelne Weidenbüsche, dazwischen wachsen Heidel-, Preisel-, Himbeeren und Farnen. Bei etwa 1700 Meter Höhe fehlt das Laubholz völlig und die Nadelhölzer zeigen sich in anderer Form, aus den schlanken Bäumen sind hier Büsche geworden, die durch Sturm und Schnee gelitten haben. Höher hinauf finden wir nur noch ganz niedrige Krummholzkiefern, die von Ferne wie eine Schöpfung aussehen, doch bei näherer Betrachtung entdecken wir den alten knorrigen Stamm, dessen Äste in der Hauptwindrichtung am

Boden hinkriechen. Noch höher hinauf sehen wir einzelne rot-leuchtende Flecke, beim Näherkommen erkennen wir sie als riesige Alperosenbüsche, die hier den Kiefern und auch den Waldbeeren den Platz streitig machen. Wir haben inzwischen eine Höhe von 2200 Meter erreicht, die zusammenhängenden Almweiden unter uns gelassen und sind nun im Gebiet der eigentlichen Alpenpflanzen. Zwischen grauweissen halbverwitterten Felsblöcken schmiegen sich noch einzelne Kiefern und Alpenweiden dicht an den Boden, im übrigen finden wir in großen Mengen die verschiedenen Alpenen, wie Dergihmeinnicht, dazwischen verstreut streckt das Alpenveilchen seine leuchtend roten Blüten der Sonne entgegen, daneben finden wir das Alpenwindröschen und dort brechen die dunkelblauen Blüten des Enzian durch die silbergrauen Polster der Kagenpföfchen. Zwischen den Gräsern des Buntschwingsels stehen als Ausnahme in diesem Gebiet die 40 Zentimeter hohen Blütenstiele des Eisenhutens. Am Rande einer Mulde, in der ein kleines Schneefeld durch die warmen Sonnenstrahlen sich in Auflösung befindet, entdecken wir an Stellen, wo vor einigen Tagen noch Schnee lag,



Zur Bergfahrt bereit

die braunroten Blüten der Aurikel, die des Enzians und manchen anderen. Gehen wir daran, an einer tieferliegenden Stelle den Boden vom Schnee zu befreien, so finden wir Dergihmeinnicht und Anemonen mit fertig ausgebildeten Knospen; wenige Stunden Sonnenschein werden genügen, um ihre Blüten hervorzuzaubern. Man muß bedenken, daß die Felsen sogar im Hochsommer, allerdings vorübergehend, von Schnee bedeckt sind, und die Temperatur in dieser Höhe fast jede Nacht unter den Gefrierpunkt sinkt. Bei einer Mittagsrast glaube ich der wahrscheinlichen Lösung des Rätsels, das das Wachstum in jener Höhe für uns bedeutet, näher gekommen zu sein. Noch oberhalb des oberen Zunftgletschers in etwa 3300 Meter Höhe setzte ich mich auf einen in voller Sonne liegenden Felsblock und merkte dabei besonders deutlich, was mir schon früher oft aufgefallen war, daß der Fels wärmer als mein Körper war. Ich holte das Thermometer aus dem Rucksack, es zeigte schon nach einigen Minuten 56 Grad Celsius. Da mir die Temperatur zu hoch erschien, stellte ich es erst im schmelzenden Schnee und dann im Schatten des Felsens auf, dort zeigte es

0 Grad Celsius, hier 8 Grad Celsius, weitere Temperaturmessungen überzeugten mich von der Richtigkeit der zuerst abgelesenen Temperatur. Da Fels und Erdreich unter der Einwirkung der ultravioletten und anderen uns noch unbekanntem Strahlen sehr reichen Höhen Sonne mit erwärmt wird, kann ich mir jetzt das Fortkommen der Pflanzen dort oben schon leichter, wenn auch nicht vollständig erklären. Jedenfalls sind diese Pflanzen an jedem Sonntag Temperaturschwankungen von etwa 50 Grad Celsius ausgesetzt. Nur in entsprechenden Schutzrichtungen und Anpassungsfähigkeiten der Alpenpflanzen können wir die Erklärung für ihr Fortkommen finden.

Die Schutzrichtungen müssen recht verschiedener Art sein. Ist doch im Hochgebirge auch die Luftbewegung im Verhältnis zur Ebene sehr stark. Wenn unten im Tal ein leichter Wind weht, haben wir oft auf 2500 Meter Höhe schon Sturm. Dagegen ist die relative Luftfeuchtigkeit nur gering. Die intensive Sonnenbestrahlung, auch die sehr hohe und schnelle Erwärmung sind für jedes Pflanzenleben ungünstige Umstände, dazu die kurze Vegetationsperiode, die je nach Höhen- und Sonnenlage nur 8 bis 16 Wochen beträgt. Wir sehen, daß mit zunehmender Höhe die Pflanzen sich immer dichter an den Boden schmiegen. An besonders exponierten Stellen fehlen sie ganz. Als Schutzmittel gegen die Lufttrockenheit, die abnorme Licht- und Wärmewirkung finden wir besonders zähe lederartige Blätter oder silbergraue dichtfilzige Behaarung, auch dickfleischige Blätter.

Bei der kurzen Vegetationsperiode der Alpenflora sind die einjährigen Pflanzen selten, die kurze Zeit reicht für die meisten Arten nicht aus, um den Samen zur Reife zu bringen. Nur an sonnigenhängen oder Almweiden bis auf ungefähr 2200 Meter findet man noch einzelne Arten, höher hinauf nur noch mehrjährige Pflanzen. Daß es sich hier um Anpassungserscheinungen handelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Alpenpflanzen, im Tiefland in Kultur genommen, die ihnen eigentümlichen Eigenschaften ganz oder zum Teil verlieren. Aug. Engel.

Kampf um's Brot

Die Not der amerikanischen Arbeiter zwingt in Chicago die Eisenbahner zum Streik. Bert, Tom, Billy und ihre Frauen diskutieren über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Das regt die schwangere Frau Billys, Sazon, zum Denken an und bringt sie auch in ein Gespräch mit der alten Mercedes, die den Kampf der Arbeiter als einen Kampf um einen Knochen bezeichnet. Kurz darauf entwickelt sich vor dem Hause Sazons ein Streit zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, in dessen Verlauf Bert tödlich und der Anführer der Streikbrecher durch drei Revolverkugeln verwundet wird. Als Folge des Schreckens hat Sazon eine Frühgeburt. Das Kind kommt tot zur Welt. Diese Vorgänge und die Tatsache, daß Billy selbst mit in den Streik gezogen wird, lassen ihn über die Gewerkschaften anders denken. Im Kampf um's Brot macht er sogar von seinen Fäusten Gebrauch. Die Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung und der lange Streik lassen in Billy aber Zweifel aufkommen, ob der Streik mit Erfolg beendet werden kann.

XII.

Don jetzt an schien es Sazon, als sei ihr Dasein ganz ohne Sinn und Zusammenhang. Sie lebte wie in einem bösen Traum. Alles war möglich, selbst das Unwahrscheinlichste. Es gab keinen Halt in der Strömung der Geschehnisse, die sie zu einer Katastrophe trieb — sie wußte selbst nicht zu welcher. Hätte sie sich auf Billy verlassen können, so würde sie nichts gefürchtet haben. Aber er war ihr entrisen in dem Wahnsinn, der alle andern gepackt hatte. So vollkommen war die Veränderung, die mit ihm vorgegangen war, daß er fast wie ein zudringlicher Fremder in seinem eigenen Hause wirkte. Es war ein anderer Mann, dessen Blick ihr aus seinen Augen entgegenleuchtete — ein anderer Mann mit gewaltsamen, haßerfüllten Gedanken; ein Mann, der es nirgends gut hatte, und der ein eifriger Dorkämpfer für alles Zuchtlose und Böse dieser Zeit wurde. Dieser Mann verurteilte Bert nicht mehr, sondern murmelte selbst heimlich von Dynamit und Revolution.

Sazon kämpfte schwer, um sich das geistige Gleichgewicht und die Kaltblütigkeit, sowie die körperliche Reinheit und Kühle zu bewahren, auf die Billy früher solchen Wert gelegt hatte. Nur einmal verlor sie die Selbstbeherrschung. Er war sehr schlechter Laune gewesen, und eine besonders brutale, ungerechte Bemerkung brachte sie schließlich auf.

„Mit wem sprichst du?“ fragte sie heftig.

Er war sprachlos und verblüfft und konnte nur ihr Gesicht anstarren, das leichenblau vor Zorn war.

„Wage nicht noch einmal, so zu mir zu sprechen, Billy“, sagte sie gebieterisch.

„Ach, kannst du denn nicht begreifen, daß ich nur schlechter Laune bin?“ fragte er, halb zur Entschuldigung, halb im Trost. „Gott weiß, daß ich genug um die Ohren habe.“

Als er gegangen war, warf sie sich aufs Bett und weinte, als ob ihr das Herz brechen sollte. Denn sie, die so tief demütig lieben konnte, war ein stolzes Weib. Nur die Stolzen können wirklich demütig, nur die Starken wahrhaft sanft sein. Was nutzte es, so fragte sie sich, wenn der einzige auf der Welt, der etwas für sie bedeutete, seinen eigenen Stolz, seine Kampfbereitschaft und seinen Gerechtigkeitsinn verlor und sie den schwersten Teil der gemeinsamen Last tragen ließ?

Und wie sie im Kummer über den Verlust ihres Kindes — diesem tiefen Kummer, der in ihrem Organismus selbst wurzelte — allein gewesen war, so trug sie auch diesen neuen Kummer, der in gewissem Sinne noch größer war, allein. Sie liebte Billy vielleicht nicht weniger, aber ihre Liebe war im Begriff, einen anderen Charakter anzunehmen, weniger stolz und weniger zuversichtlich zu werden. Sie wollte sich mit Mitleid mischen — dem Mitleid, das zur Verachtung führen kann, und davor schauderte es sie.

Sie kämpfte um die Kraft, dieser neuen Situation ins Auge zu blicken, und es war ihr eine Erleichterung, bis ihr einfiel, daß in der wahrsten, höchsten Liebe kein Raum zur Verzeihung sein durfte. Und sie weinte wieder, während der Kampf von neuem begann. Schließlich war eines unumstößlich: dieser, Billy war nicht der Billy, den sie geliebt hatte. Dieser Billy war ein ganz anderer, ein kranker Mann, und er war ebensowenig verantwortlich wie ein Fieberpatient für seine wilden Phantasien. Sie mußte Billys Pflegerin sein, ohne Stolz, ohne Verachtung, ohne etwas verzeihen zu müssen. Zudem stand er auch wirklich mitten im Kampfe und war schwindlig von den Schlägen, die er gegen andere richtete und die andere gegen ihn richteten.

Und so rüstete Sazon sich zum Kampf, dem schwersten von allen, die in der Weltarena ausgefochten werden — dem Kampf des Weibes. Sie vertrieb alle Zweifel, alles Mißtrauen aus ihrem Gemüt. Sie verzieh nichts, weil es nichts gab, das Verzeihung erforderte. Sie verpflichtete sich zu einem absoluten Glauben an die Unbeflecktheit und Unberührtheit von Billys Liebe — so unerschütterlich, wie sie stets gewesen, sollte sie wieder werden, wenn die Welt wieder ins Gleichgewicht kam.

Als er an diesem Abend heimkam, schlug sie ihm als letzten Ausweg vor, ihre Mäharbeit wieder aufzunehmen, bis der Streik vorbei war. Aber davon wollte Billy nichts hören.

„Es wird schon alles gehen“, versicherte er immer wieder. „Du brauchst nicht zu arbeiten. Ich werde schon Geld verschaffen, ehe die Woche um ist, und dann kriegst du alles. Und Sonnabend abend gehen wir aus und amüsieren uns — in ein richtiges Theater, nicht ins Kino, Sonnabend abend — bis dahin habe ich Geld, so sicher wie nur was.“

Am Freitag kam er abends nicht heim, und Sazon ärgerte sich, denn Maggie Donahue hatte ihr eine Pfanne voll Kartoffeln und zwei Pfund Mehl, die sie vorige Woche geliehen hatte, wiedergebracht, und ein tüchtiges Essen wartete auf ihn. Sazon hielt bis neun Uhr das Feuer im Herd, dann ging sie widerstrebend zu Bett. Sie wäre viel lieber aufgegeben, bis er kam, aber sie wagte es nicht, denn sie wußte, wie das auf ihn wirkte, wenn er betrunken heimkam.

Es hatte gerade eins geschlagen, als sie die Gartentür zu schlagen hörte. Sie hörte ihn — langsam, schwer, auf eine Art, die nichts Gutes verhieß — die Treppe heraufkommen und das Schlüsselloch suchen. Dann trat er ins Schlafzimmer, und sie hörte, wie er sich mit einem tiefen Seufzer setzte. Sie lag ganz still da, denn sie wußte, wie übertrieben empfindlich die Leute wurden, wenn sie betrunken waren, und sie fürchtete sehr, ihn zu verletzen, wenn sie ihn verstehen ließe, daß sie wach gelegen und auf ihn gewartet hätte. Es war nicht leicht. Sie ballte die Fäuste, daß die Nägel ihr ins Fleisch drangen und ihr Körper fast in dem heftigen Bemühen, sich ruhig zu verhalten, erstarrte. Noch nie war er in einer solchen Verfassung heimgekommen.

„Sazon!“ rief er mit belegter Stimme. „Sazon!“

Sie reckte sich und gähnte.

„Was ist?“ fragte sie.

„Willst du nicht Licht machen? Meine Finger sind wie lauter Daumen.“

Sie tat, was er sagte, ohne ihn jedoch anzusehen, aber ihre Hände zitterten so heftig, daß der Lampenzylinder klirrend gegen die Kuppel schlug und das Streichholz ausging.

„Ich bin nicht betrunken“, sagte er in der Dunkelheit, und seine heisere Stimme zitterte. „Ich habe nur zwei oder drei Ohrfeigen gekriegt.“

Sie versuchte wieder, die Lampe anzuzünden, und diesmal glückte es. Als sie sich umdrehte, um ihn anzusehen, schrie sie laut auf vor Angst. Obwohl sie seine Stimme gehört hatte und wußte, daß es Billy war, erkannte sie ihn doch im ersten Augenblick nicht. Dies Gesicht hatte sie noch nie gesehen. Geschwollen, zerschlagen war es, als hätte jeder Zug die Ähnlichkeit mit dem Gesicht verloren, das sie so gut kannte. Das eine Auge war vollkommen geschlossen, das andere guckte aus einem schmalen Spalt in dem blutunterlaufenen Fleisch hervor. Es sah aus, als wäre die Haut am einen Ohr fast abgerissen. Das ganze Gesicht war eine blutige, geschwollene Masse, und sein rechter Kinnbäcken war doppelt so dick wie der linke. Kein Wunder, daß er belegt spricht, dachte sie, als sie die furchtbar zerschlagenen und geschwollenen Lippen betrachtete, die immer noch bluteten. Sie wurde ganz krank bei dem Anblick, und eine Woge von Zärtlichkeit stieg in ihr auf und trieb sie zu ihm hin. Sie sehnte sich danach, ihn in die Arme zu schließen, ihn zu streicheln und ihn zu liebkoosen; aber ihr gesunder Verstand verbot es ihr.

„Mein armer, armer Junge“, rief sie. „Sag mir nur, was ich tun soll. Ich verstehe nichts von diesen Dingen.“

„Wenn du mir nur helfen willst, mich auszuziehen“, sagte er demütig und mit heiserer Stimme. „Ich bin so steif.“

„Und dann warmes Wasser — das wird dir gut tun“, sagte sie, und begann vorsichtig seinen Rockärmel über eine geschwollene, hilflose Hand zu ziehen.

Der 7. Verbandstag unseres tschechoslowakischen Bruderverbandes

Die Gemeinschaft der Ideen, des Wollens, der Ziele schließt die Arbeiterbewegung der Welt zusammen. Dafür sind wir ja in einer Internationale. Und doch, welche Verschiedenheit besteht dabei in den Organisationen jedes Landes! Wieder konnten wir das in Prag anlässlich des 7. Kongresses unseres tschechoslowakischen Bruderverbandes studieren.

Als die Revolution kam, nahm die Arbeiterschaft das Heft in die Hand. Der erste Regierungspräsident war der Sozialdemokrat T u s a r ; Reichspräsident ist auch heute noch der Sozialist M a s a r y k , eine der überragenden europäischen Gestalten. Unser Verband schwoll in seiner Mitgliedschaft mit einem Schlage riesenhaft an, nachdem — ähnlich wie bei uns — die öffentlichen Arbeitnehmer in der Dorkriegszeit die größten Schwierigkeiten hatten, wenn sie sich freigewerkschaftlich organisierten. Die kommunistischen Spaltungsbestrebungen haben die Macht der Arbeiterbewegung dann gebrochen. Seit einigen Jahren beginnt der neue, gefestigte aber deshalb auch langsamere Aufstieg. In der Wahl des letzten Jahres ist das deutlich zum Ausdruck gekommen. Außerdem hatte diese Wahl noch ein anderes Ergebnis, das für die internationale Idee eine besondere Bedeutung gewinnt. In diesem Land besteht eine tschechische und eine deutsche sozialistische Arbeiterbewegung, in der das trennende Nationale das gemeinsame Sozialistische hinterstellte. Das ist jetzt endlich anders geworden. Deutsche und tschechische Sozialdemokraten sitzen nach dem Verjagen der Bürgerlichen gemeinsam in der Regierung, und das wirkt sich auch bereits auf unseren tschechoslowakischen Bruderverband aus.

Der Verband besteht heute aus rund 18 000 Mitgliedern, von denen die eine Hälfte Beamte, die andere Arbeiter und Angestellte der Staats- und Selbstverwaltungen sind. Deshalb schloß sich der Verband auch noch der Beamteninternationale an, von der zu dem Verbandstag eine Reihe von ausländischen Delegierten gekommen war. Charakteristisch erschien uns, daß auch Vertreter deutscher Organisationen der Tschechoslowakei anwesend waren. Unsere Internationale wurde durch Kollegen Karl P o l e n s k e vertreten. Dem Gesamt-Verband waren die Kollegen Paul S c h u l z und Otto B e i c h e entsandt worden. Außerdem hatten unsere französischen, holländischen und schwedischen Verbände Vertreter geschickt. In dem der Stadt gehörigen Repräsentationshaus fand der Kongreß am 11. und 12. Mai statt. Die Verhandlungen leitete der Verbandsvorsitzende, Kollege V. P l a c h y . Neben den 200 Delegierten aus den verschiedenen Ländern der Republik sah man zahlreiche Gäste, unter denen sich Vertreter der internationalen und der einheimischen Gewerkschaftsorganisationen sowie die der Partei befanden. Für unsere Internationale sprach Kollege Karl P o l e n s k e , der auf die Notwendigkeit der Einheitsorganisation für Arbeiter, Angestellte und Beamte hinwies und die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft für die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft unterstrich.

Die eigentlichen Arbeiten des Kongresses begannen mit dem Referat des Generalsekretärs, Kollegen V. K s a n d r . Da diese Tagung eine Jubiläumstagung zur Feier des 20jährigen Bestehens der Organisation war — der Verband wurde 1908 gegründet, 1928 aber konnte kein Kongreß stattfinden —, gab er in

längeren Ausführungen einen Ueberblick über die Schicksale, Mühen und Erfolge des Verbandes seit der Gründung, um dann noch näher auf die Zeit seit dem letzten Verbandstag einzugehen.

Entstanden war der Verband aus dem Verein der Gasarbeiter in Prag. Seine Gründer hatten manche Verfolgung zu erdulden. Damals herrschte in den Gemeindeverwaltungen die Partei der Jungtschechen. Aber trotz der Widerstände von dieser Seite faßte der Verband auch in den Elektrizitätswerken und Krankenanstalten Fuß. Eine besonders schwierige Zeit war die des Krieges, da die tschechoslowakischen Organisationen der damaligen österreichischen Regierung doppelt gefährlich erschienen.

Einen radikalen Umschwung brachte die Revolution, aber die Macht der Arbeiterschaft wurde durch die kommunistischen Treiberen gebrochen. Doch überwand unser Verband diese Schwierigkeiten verhältnismäßig gut. Jetzt gewinnt er in größerer Zahl Mitglieder unter den Angestellten der Elektrizitätswerke, der Straßenbahnen, der Finanzverwaltung und der Sicherheitsanstalten. In der Diskussion brachten die Delegierten die Schmerzen ihrer Orts- und Berufsgruppen zur Sprache, wiesen auf die vorliegenden Resolutionen und Anträge hin und begründeten sie.

Die große Frage für den Verband ist zurzeit die der B e s o l d u n g und E i n s t u f u n g . Die vorige reaktionäre Regierung hat energisch Stellen abgebaut und den Kommunen die Freiheit beschränkt, ihre Arbeitnehmer nach eigenem Ermessen zu bezahlen. Die dadurch bewirkten Verschlechterungen sind auszumerzen. Man steht deshalb mit der neuen Regierung, die größeres soziales Verständnis besitzt, in erfolgreichen Unterhandlungen. Darüber referierte ausführlich der Verbandssekretär Kollege H l a v a c e k , dessen Ausführungen durch die nachfolgenden Redner ergänzt wurden.

Zu den Wahlen wurden Wünsche einzelner Gruppen auf Vertretung in den zentralen Körperschaften ausgesprochen und heiß umkämpft. Man beschloß auch die Errichtung einzelner Orts- und Distriktsbüros mit besoldeten Kräften. Schließlich wurden die alten Funktionäre mit einigen Ergänzungen im Beirat wiedergewählt.

In den Schlußansprachen wies unser Kollege Paul S c h u l z auf die Aufgabe der Organisationen des Personals öffentlicher Dienste hin, das soziale Arbeitsrecht zu schaffen, dessen Ausbau ja einer der wichtigsten Verhandlungsgegenstände des Kongresses gewesen war. Mit dem Gesang der Internationale schloß die Tagung. Am Abend veranstalteten die Kollegen eine Feier an einem Punkt, von dem aus wir die märchenhafte Pracht der im Dunkel leuchtenden Stadt Prag vor Augen hatten. Kollege P o l e n s k e legte im Namen der Internationale einen Kranz am Grabe des unbekanntenen Soldaten nieder. Dieser Handlung folgte die Besichtigung des Rathauses und ein Empfang durch die Stadt, vertreten durch den zweiten Bürgermeister, den Genossen K e l l n e r . Unseren Gesamteindruck über das Gesehene und Gehörte könnte man folgendermaßen zusammenfassen: Wir sahen eine starke, wenn auch etwas zersplitterte, zielklare und selbstbewußte Arbeiterbewegung in einem von stärkstem Optimismus und Zukunftswillen befehlten sozial und demokratisch gerichteten Volk. h.

Die „Ipa“ und die Markthelferschaft im Leipziger Rauchwarenhandel

Am 31. Mai 1930 erfolgte die Eröffnung der Internationalen Ausstellung für das Pelzgewerbe. Mehr als 20 Nationen haben die Gelegenheit benutzt, sich an dieser Pelzschau, der noch die Internationale Jagdausstellung angegliedert ist, zu beteiligen.

Der Brühl ist die Straße, wo in riesengroßen Lagerräumen, vielfach in dunklen Höfen, Waren von Milliardenwerten aufgestapelt sind und wo bei mangelhaftem Licht und schlechter Luft die Rauchwarenmarkthelfer ihre berufliche Tätigkeit auszuüben gezwungen sind.

Zur Eröffnungsfeier der Ipa hatte der Brühl ein festliches Gewand angelegt. Ein Rundgang durch die Ausstellung bietet recht viel des Interessanten. Dabei haben die Darstellungen „Der Brühl in der Vergangenheit“ und „Der Fuhrhof einer Leipziger Speditionsfirma“ unser besonderes Interesse erregt. Beladene Rollwagen mit Bespannung, Aufzüge zu Lagerräumen usw. werden gezeigt. Dabei erscheint uns die Pflasterung des Hofes, die einstmals aus spitzen und runden Feldsteinen bestand, recht weit von den früheren Originalen entfernt zu sein.

Bei Betrachtung dieser Dinge wurden wir unwillkürlich an den fast 80jährigen Kampf der Leipziger Speditoren erinnert, den die-

selben Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Rat der Stadt wegen Benutzung von Rollwagen ausgefochten hatten. Der Rat hatte das Fahren von Rollwagen mit der Begründung verboten, daß dabei das Pflaster beschädigt werde und die Gebäude Erschütterungen erlitten. Außerdem sei beobachtet worden, daß in den Häusern beim Vorüberfahren von Rollwagen das Wasser in den Gefäßen schwankte. Heute ist in den Betrieben der „Hafermotor“ fast gänzlich verschwunden und an dessen Stelle hat der Kraftwagen seinen Einzug gehalten, durch den ein großes Stück Arbeitsmöglichkeit den Speditorenarbeitern verlorengegangen ist.

Die ausgestellten prachtvollen Pelzgarnituren sowie die Pelze zur Innenausstattung der Personenautos dürften ein recht lebhaftes Interesse bei den Kraftfahrern erwecken. Ganz besonders wäre es den Berufskraftfahrern zu gönnen, wenn jedem Fahrer eine solche Pelzgarnitur für die Wintermonate zur Verfügung stände. Sicherlich würden sie dann von den Berufskrankheiten, wie Rheumatismus, Ischias und Podagra, verschont bleiben.

Welche Werte die Ausstellung in sich birgt, erfuhren wir bei einer Betrachtung der ausgestellten Damenpelze. Von Fachleuten

wurden wir belehrt, daß ein solches Ausstellungsstück einen Wert von 14 000 bis 15 000 Mark repräsentiere.

Bei unserem weiteren Rundgang gelangten wir dann an den Ausstellungsstand des Gesamt-Verbandes. Hier wird durch eine graphische Darstellung den Besuchern gezeigt, wie groß die Zahl der Rauchwarenfirmen ist. Wenn man beachtet, daß im Jahre 1784 in Leipzig 9 Rauchwarenfirmen vorhanden waren und diese Zahl heute 715 beträgt, so ergibt sich daraus, daß der Rauchwarenhandel eine glänzende Entwicklung genommen hat. Allerdings ist der Kleinbetrieb auch heute noch vorherrschend. Unter den vorhandenen Firmen befinden sich allein 345, die Handelsarbeiter überhaupt nicht beschäftigen.

In 370 Firmen werden zusammen 917 Handelsarbeiter, darunter 126 Frauen, beschäftigt. Unter den 370 Firmen sind wiederum 187, das ist mehr als die Hälfte der Betriebe, die nur je einen Markthelfer beschäftigen. In 86 Firmen sind je 2 Arbeiter tätig. Die Zahl der Firmen, in denen 3 bis 10 zusammen 426 Markthelfer beschäftigt sind, beträgt 90. In 5 Betrieben sind 10 bis 20, zusammen 76 Arbeiter tätig. Nur 2 Firmen, die als Großbetriebe angesprochen werden können, beschäftigen zusammen 56 Handelsarbeiter.

Nach Altersklassen werden beschäftigt:		Nach Altersklassen werden beschäftigt:	
Männl./weibl.		Männl./weibl.	
bis zu 16 Jahren . . .	24 10	von 40 bis 50 Jahren	127 5
von 16 bis 19 Jahren	46 23	von 50 bis 60 Jahren	51 2
von 19 bis 24 Jahren	180 41	von 60 bis 70 Jahren	31 —
von 24 bis 30 Jahren	132 20	über 70 Jahre	2 —
von 30 bis 40 Jahren	198 16		

Bei Betrachtung der zahlreichen Rohfelle des In- und Auslandes, der Halb- und Fertigfabrikate, gewinnt man die Ueberzeugung, daß der Rauchwarenmarkthelfer als ungelernter Arbeiter nicht bezeichnet werden kann. Es gehört eine jahrelange Praxis dazu, um sich die nötige Fachkenntnis anzueignen. Die Rauchwarenmarkthelfer, von denen die Lagerräume verwaltet werden, tragen eine große Verantwortung und genießen auch bei den Arbeitgebern ein besonderes Vertrauen. Infolge ihrer Wichtigkeit waren die Arbeitsbedingungen der Markthelfer in der Rauchwarenbranche unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse nicht ungünstig.

Im Jahre 1869 war eine tägliche Arbeitszeit von 9 bis 10 Stunden die übliche. Ausnahmen hiervon waren nur in den Zeiten der Messe und vor Weihnachten zu verzeichnen, wo eine lange Arbeitszeit stattfand und die Mittagspausen kurz bemessen waren. Die Entlohnung der Markthelferschaft hat sich jedoch in recht bescheidenen Grenzen bewegt. Im Jahre 1869 wurden die Markthelfer mit einem Wochenlohn von 18 Mark entschädigt. Der gleiche Lohn wurde vielfach auch im Jahre 1918 noch bezahlt. Für die geleisteten Ueberstunden und Sonntagsarbeit erfolgte keine Bezahlung, dafür wurden Weihnachts- und Messesgratifikationen gewährt, die in das Ermeßen der Unternehmer gestellt wurden.

Heute sind mit Hilfe der Gewerkschaft die vorinstütlichen Zustände bezüglich der Entlohnung der Markthelferschaft beseitigt. Aus einer graphischen Darstellung geht hervor, daß erstmalig am 5. November 1923 die Lohnsätze der Rauchwarenmarkthelfer eine tarifliche Regelung erfahren haben. Der vereinbarte Wochenlohn betrug in der Spitze für Arbeiter 23,25 Mark und für Arbeiterinnen 17,44 Mark. Durch 12 Tarifbewegungen, die letzte im Oktober 1929, sind die Mindestlöhne auf 53,20 Mark für Arbeiter und 39,90 Mark für Arbeiterinnen in der Spitze festgelegt. — Ueber den Tariflohn erhalten 230 Markthelfer bis zu 75 Mark wöchentlich, einige noch über diesen Betrag hinaus. 45 Arbeiterinnen erhalten bis zu 50 Mark wöchentlich und einige wenige über diesen Betrag hinaus. — Ueber die wöchentliche Arbeitszeit wird folgende Aufklärung gegeben:

28 Beschäft. arbeit. wöchentl. unt. 45 St.	561 Beschäft. arbeiten wöchentl. 48 St.
127 " " " " 45 "	14 " " " " 50 "
135 " " " " 46 "	13 " " " " 52 "
22 " " " " 47 "	17 " " " " 54 "

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß von den 917 beschäftigten Handelsarbeitern und -arbeiterinnen 873 vorhanden sind, die eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden und weniger zu verzeichnen haben.

Aus den weiteren aufgestellten Tafeln ist ersichtlich, welche Berufsgruppen dem Gesamt-Verband angehören und was dieser seinen Mitgliedern bietet. Dabei vermischen wir eine bildliche Darstellung über die Leistungen der Organisation. Unserer Auffassung nach hätte es Aufgabe des Verbandsvorstandes sein müssen, die Gelegenheit auszunutzen und einmal zu zeigen, was von den im Gesamt-Verband vereinigten Gewerkschaften bisher geleistet worden ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß ein Ueberblick über die

geführten Lohnbewegungen und Streiks und die damit verbundene wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder sowie über die verausgabten Unterstüzungen an die Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, in Notfällen und bei Todesfällen, weiterhin die Riesensummen, die für Rechtschutz verausgabt worden sind, der beste Anschauungsunterricht für die indifferente und unorganisierte Berufskollegenschaft gewesen wäre, denen durch eine derartige Darstellung die Augen hätten geöffnet werden können.

Allen unseren Mitgliedern können wir nur empfehlen, die Ausstellung, die sehr viel Interessantes auch für unsere Mitglieder bietet, zu besuchen. Vorzugskarten zum Besuche der Ausstellung zu 1 Mk. sind in unserem Verbandsbüro Leipzig zu haben. R.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Wegen Beleidigung Hindenburgs wurde der Nationalsozialist Goebels zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt und hat nun Berufung eingelegt.

Im Mansfelder Gebiet wurden als Antwort auf die nicht angenommene Lohnsenkung rund 14 000 Arbeiter ausgesperrt.

Die thüringische Regierung hat am 2. Juni eine Zurücknahme der Anstellung von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren trotz der Sperrung der Polizeizuschüsse abgelehnt.

In Rußland hat sich eine starke Opposition von rechts und links gegen Stalin wegen der Kollektivisierung der Landwirtschaft erhoben.

Zwischen den Unternehmerverbänden und dem ADGB haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden mit dem Zweck, die Wirtschaft stärker in Gang zu bringen. Dabei trat der ADGB mit Nachdruck gegen eine Senkung der Reallohne ein.

Die sozialdemokratische „Eisenacher Volkszeitung“, deren Erscheinen von Frid auf sechs Wochen verboten wurde, hat mit ihrem Einspruch Erfolg gehabt. Das Verbot wurde am 5. Juni vom IV. Strafsenat des Reichsgerichts aufgehoben.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am 5. Juni beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3% auf 4% Proz. zu erhöhen, die ledigen Männer und Frauen durch einen Sonderbeitrag zu belasten, ein Notopfer der öffentlichen Feindbesoldeten einzuführen und eine Vorlage über die Reform der Krankenversicherung einzubringen.

Bildungsarbeit

Die sächsischen Wirtschafts- und Betriebsräteschulen

Die Wirtschafts- und Betriebsräteschulen sind ein neuer Zweig der freien Erwachsenenbildungsarbeit in Sachsen, die sich zur Aufgabe setzen, der gesamten Arbeitnehmerschaft durch fachliche und unparteiische Schulung ihres Funktionärkörpers und ihres Nachwuchses bei der Erfüllung der deutschen Arbeitsverfassung wirksam an die Hand zu gehen. Diese große Aufgabe, die nunmehr zur Mitbestimmung und verantwortungsreichen Mitarbeit im Wirtschaftsleben herangezogenen gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmerschaft mit Fachwissen auszurüsten, kann nicht allein den Gewerkschaften zufallen, sie obliegt zugleich auch dem Staate. Der Staat ist ebenso wie die Gewerkschaften an der Heranbildung eines mit gebiegem Fachwissen und genügender Gesetzeskenntnis ausgestatteten Funktionärkörpers der Arbeitnehmerschaft interessiert, da dadurch eine wesentliche Entlastung der Arbeit auf den verschiedensten Gebieten des Arbeitsrechts in Aussicht steht.

Die Anregung zur Errichtung von Wirtschafts- und Betriebsräteschulen gaben die Arbeitnehmerorganisationen. Mit Unterstützung der Landesstelle für freies Volksbildungswesen beim Ministerium für Volksbildung sowie der örtlichen Behörden und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen werden nun in ganz Sachsen Wirtschafts- und Betriebsräteschulen aufgebaut. Die ersten dieser Art wurden in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen vor 5 bis 6 Jahren gegründet. Durch die Einstellung einer hauptamtlichen Kraft in Westsachsen durch das Ministerium für Volksbildung im Jahre 1927 wurde die Gründung neuer Schulen wesentlich gefördert. Konnte zu Beginn der Herbstarbeit im Jahre 1927 auf 12 Betriebsräteschulen mit etwa 30 Schulungsstellen zurückgeblieben werden, so sind jetzt bereits 47 Schulen in etwa 130 Schulungsstellen an Werken, die jährlich von etwa 5000 Funktionären besucht werden. Mit dem weiteren Ausbau des Netzes der sächsischen Wirtschafts- und Betriebsräteschulen ist im vorigen Jahre die Amtliche Facharbeitsstelle für das sächsische Betriebsräteschulwesen betraut worden, die ihren Sitz in Dresden - II, 6, Neustädter Markt 12, hat.

Die Finanzierung der Schulen geschieht durch Beihilfen des Staates, der Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften, der Gemeinden; zum Teil leisten auch die Gewerkschaften namhafte Zuschüsse. Während der Staat für das Betriebsräteschulwesen im Jahre 1928/29 noch eine Summe von 50 000 Mk. zur Verfügung stellte, wurden im Rechnungsjahre 1929/30 bereits 120 000 Mk. eingesetzt. Die Beiträge der Bezirksverbände und der Gemeinden beliefen sich in diesen beiden Schulungsjahren auf rund 50 000 Mk.

Der Schule steht ein Schulausschuß vor. In dem zu wählenden Ausschuß sitzen Vertreter des Staates, des Bezirksverbandes, der größeren Gemeinden, der Gewerkschaften aller Richtungen sowie ein Schülerobmann jedes laufenden Hauptlehrganges. — Die Schulordnung sieht vor, daß sich jeder Arbeitnehmer an den Kursen beteiligen kann. Die Teilnehmer (Schüler) verpflichten sich schriftlich zum regelmäßigen Besuch des Hauptlehrganges. Das Schulgeld beträgt für den Teilnehmer jedes Lehrganges 2 bis 5 Mk.; für sämtliche Lehrgänge ermäßigt sich der Gesamtbetrag. Sehr oft wird das Schulgeld von den Gewerkschaften für ihre Teilnehmer übernommen. Das Schulgeld wird zum großen Teil in Form von Buchgaben und Lehrmittelbeihilfen regelmäßigen Teilnehmern zurückerstattet.

Neben den Teilnehmern können zu den einzelnen Stunden auch Hörer Zutritt finden, die sich nicht auf regelmäßige Teilnahme verpflichten. Der Hörer zahlt pro Unterrichtsdoppelstunde eine Gebühr bis zu 30 Pf. Ein nachträglicher Uebergang von Hölerschaft zur Teilnehmerschaft unter Anrechnung der gezahlten Hörergebühren auf das Schulgeld ist möglich. Der Unterricht findet in der Regel einmal wöchentlich in den Abendstunden statt. Als Unterrichtsräume dienen Räume von Volks-, Berufs- und anderen Schulen.

Der Lehrplan erstreckt sich üblicherweise auf drei bis vier Jahre, in großstädtischen Schulen bei wöchentlich zweimal Unterricht auf zwei Jahre. Die Hauptfächer sind Arbeitsrecht, Volkswirtschaftslehre und Privatwirtschaftslehre. Die ordentlichen Lehrgänge laufen in der Zeit vom September bis April.

Neben die Hauptlehrgänge treten Ergänzungskurse über die mit den behandelten Fachgebieten in Zusammenhang stehenden Fragen. Diese Kurse werden in Gemeinschaft mit der örtlichen Volkshochschule durchgeführt. In vielen Schulen sind jetzt für Fortgeschrittene Seminare für Arbeitsrecht, Wirtschaftswissenschaften, Sozialpolitik und Bilanzkunde errichtet worden, die sich eines starken Besuches und großen Erfolges rühmen können.

Die Teilnehmerzahl eines Lehrganges ist aus pädagogischen Gründen auf 30 bis 40 begrenzt. In einzelnen Schulen werden zum Teil die Schüler mittels Lastautos und Autobusse zum Schulungs-ort gebracht. Die Schüler sind ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit nach überwiegend freigewerkschaftlich organisiert. Weibliche Teilnehmer sehen wir an den Wirtschafts- und Betriebsräteschulen in den Hauptlehrgängen trotz der großen Zahl der gewerblichen Arbeiterinnen bis jetzt nur in geringer Zahl. Nicht ohne weiteres kann man sagen, daß hier eine Interessenlosigkeit der Frauen an dieser Schulungsarbeit vorläge. Die geringe Zahl der weiblichen Arbeitnehmer ist vielfach eine Folge des Mangels genügender Freizeit. Nach getaner Berufsarbeit ist die Frau heute noch mit häuslicher Arbeit stark belastet. Immerhin kann gesagt werden, daß die bisher getroffenen Sonderveranstaltungen einiger Schulen für Funktionärinnen, die sich mit dem Arbeiterinnenschutz und Schwangerenschutz beschäftigen, von sehr gutem Erfolg begleitet waren. Die amtliche Facharbeitsstelle für das sächsische Betriebsräteschulwesen richtet daher ein besonderes Augenmerk auf die Frauenschulung. Sie erhofft von dem jetzt beschrittenen Wege, Sonntagsveranstaltungen, Wochenenden und Ferienwochen für Frauen unter Mitwirkung guter Fachkräfte zu schaffen, auch weiterhin die besten Erfolge. Walter Rosenberg, Dresden.

Schulungskonferenz für Betriebsräte in Fulda. Am 18. Mai 1930 wurde vom Bezirk Hessen eine Schulungskonferenz für Betriebsräte abgehalten, die für die umliegenden kleinen Zahlstellen gedacht war. Wenn auch der Besuch etwas besser sein durfte, so brachten wir doch in diesem Bollwerk des Zentrums eine verhältnismäßig stattliche Anzahl von Betriebsräten zusammen. Kollege Will von der Bezirksleitung behandelte in der Arbeitsgemeinschaft das Betriebsrätegesetz und die anderen in Frage kommenden einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Dabei wurde der Hauptwert auf die Tätigkeit der Betriebsräte in ihrer Praxis gelegt. Es wurden nicht mit überspannter Juristerei die einzelnen Fragen behandelt, sondern so, wie sie sich täglich durch die Tätigkeit der Betriebsräte ergeben.

Für die Frauen

Das neue Frauenideal

Die Vorstellungen des Mannes über die Frau, nach der er sich sehnt, haben sich im Laufe der Geschichte recht oft geändert. Die germanische Frau, die ihren Mann auf seinen Kriegsfahrten begleitete, wurde abgelöst von der Frau der Frühgotik, die in der Ritterburg wohnte und von den Minnefängern besungen wurde. Auf diese Zeit der weiblichen Frauenverehrung folgte eine Schmachzeit, an der auch die Reformation nichts ändern konnte. Eine wichtige Wandlung tritt erst ein, als die ritterliche Kultur durch eine bürgerliche in den Städten abgelöst wurde. Im 18. Jahrhundert entsteht dann die sogenannte „Mätresse“, die Herrin. Sie ist die liebenswürdige, geistreiche und belebte Salondame und legt viel Wert auf Äußerlichkeiten. Als Geliebte der Könige ist sie das Schicksal ganzer Völker und Länder. Die Frau kommt hier erstmalig zur Macht.

Aber dieses Ideal der Frau wird durch den ehernen Schritt der Französischen Revolution hinweggefegt. Äußerlich wird wieder die schlanke Frau modern, es folgt die Frau der Romantik. Dies ist die Zeit der stillen, vornehmen und freien Lebensauffassung des Bürgertums zur Zeit des Frühkapitalismus. Aber schon entsteht das moderne Industrieproletariat und mit ihm eine neue Frau, die Frau der Arbeit. Die Maschine hat die Arbeiterfrau in die Fabrik getrieben, enturzelt, losgelöst von alten Formen, alten Gewohnheiten und alter Sitte. Der Kampf um die Frauenarbeit beginnt, sowohl in der Fabrik als auch in der Hochschule. Der Ruf nach Gleichberechtigung wird zum Kampfeskrei.

In diesem Streite helfen den Frauen aufgeklärte und kluge Männer, die sozialistische Arbeiterbewegung macht sich die Frauenforderungen zu eigen, der Sieg wird immer mehr ausgebeutet, die Geburtsstunde der modernen Frau ist da.

Wie sieht sie aus? Schon äußerlich betont sie die Freiheit! Die Insignen der alten Zeit, die Zöpfe, hat sie radikal abgehackt und trägt den Bubikopf. Sie trägt den kurzen Rock und zeigt ihre Beine, ob häßlich oder schön. Auf Toilette kann und will sie nicht viel Zeit verwenden, nicht Stunden vor dem Spiegel stehen, sondern mit einigen Strichen übers Haar soll dieser Bestandteil des Körpers ausgefertigt sein. Korsetts und ähnliche Dinge hat sie über Bord geworfen, sie zeigt ihre natürlichen Formen und ihr Grundsatz ist: Gefall ich dir, gut; gefall ich dir nicht, dann laß es bleiben. Selbstverständlich ist sie im Beruf und will wirtschaftlich unabhängig sein von Elternhaus oder Mann. Dieser Wille hat die Ethik unserer Zeit vollkommen gewandelt. Das durch Jahrhunderte hindurch unberührte Verhältnis zwischen Mann und Frau hat plötzlich die erste große Verschiebung erfahren. Zum erstenmal stehen sich Mann und Frau auf einer Basis gleichberechtigt gegenüber, die die Grundlage unseres gesamten Lebens bildet: der Schaffung wirtschaftlicher Existenz. Heute ist uns diese Erscheinung schon so selbstverständlich, daß wir uns gar nicht mehr darüber aufregen und an alle Folgerungen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, nicht mehr denken. Die Vertreter des Gestern und die Gegner des Fortschritts stimmen ein lautes Klagelied über die Verderbtheit der Sitten der heutigen Jugend und der Frau im besonderen an, aber sie übersehen, daß in Wirklichkeit durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau eine solche starke Hebung des allgemeinen Ethos eingetreten ist, wie es nur in ganz wenigen Augenblicken der Weltgeschichte gewesen ist.

Zum erstenmal scheint für weite Volksschichten das Grundproblem des Verhältnisses zwischen Mann und Frau gelöst zu sein. Es ist aus der elendlichen Verquickung von Interessen und Eigennutz, aus jeder Verfälschung durch nebensächliche Rücksichten und Erwägungen befreit worden. Das junge Mädchen von heute kann sich den Luxus erlauben, einen Mann nach ihrer Wahl zum Manne zu nehmen, es braucht nicht auf Mitgift zu achten, infolge ihrer wirtschaftlichen Stellung kann sie — lieben, wen sie will, und braucht nicht zu heiraten, wenn sie nicht will. Die neue Stellung der Frau brachte in unserer scheinbar so „schlechten“ Zeit einen Sieg des reinen Gefühls über die Knechtung der Interessen.

Und diese neue Einstellung der fraulichen Liebe ist das Entscheidende an der modernen Frau und an ihrem Ideal. Alles andere: der Sport, ihre Sucht nach Wasser, Licht und Sonne ist nur Begleiterscheinung, wenn auch keine unwesentliche. Auch die Ehe hat sich gewandelt. Das schwesternliche Ideal der neuen Frau gibt ihr eine neue Prägung. Die Frau ist nicht nur Hausfrau und Mutter, auch nicht mehr Herrin, sie ist Kameradin und wahre Lebensgefährtin, ist nicht zunächst Frau, sondern Mensch. W. P.

Internationale Gewerkschaftsbewegung

Die Internationalen Berufssekretariate im Jahre 1928. Die Gesamtmitgliederzahl der vom IGB. anerkannten Internationalen Berufssekretariate (IBS.) während des Jahres 1928 ist von 13 657 681 auf 15 709 861 oder um 52 180 (0,4 Proz.) (um 517 893 oder 3,9 Proz. im Jahre 1927) gestiegen. Neun IBS. haben einen Rückgang zu verzeichnen (1927 fünf); und zwar die Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Hutarbeiter, Keramarbeiter, Landarbeiter, Metallarbeiter und öffentlichen Dienste und Betriebe. Dagegen haben die Mitgliederzahlen der übrigen 18 IBS. (1927 20) zugenommen. Den prozentual stärksten Verlust erlitten die Landarbeiter (19,9 Proz.). Der prozentual größte Zuwachs wurde bei den Lehrern (21,8 Proz.), dem Post-, Telegraphen- und Telephonpersonal (15 Proz.), den Bauarbeitern (13,4 Proz.) und den Hotelangestellten (10,7 Proz.) erreicht. Die Zahl der vom IGB. anerkannten IBS. ist im Jahre 1928 die gleiche geblieben (27). Acht IBS. (1927 7) haben eine Zunahme der Zahl der angeschlossenen Länder zu verzeichnen, 6 IBS. erlitten einen Rückgang (1927 5) und 13 IBS. konnten die Zahl des Vorjahres halten (1927 16). Besonders auffallend sind die Veränderungen bei der Hotelangestellten-Internationale, die zwei neue Länder gewann, und bei der Landarbeiter-Internationale, die zwei Länder verlor. Die Gesamtzahl der den IBS. angeschlossenen Organisationen stieg von 596 auf 603, das heißt um 7 (1927 18). Neun IBS. verzeichnen eine Zunahme der angehörenden Organisationen (1917 11), 6 IBS. eine Abnahme (1927 7), während die Zahl bei 12 IBS. die gleiche blieb (1927 16). Besonders sei auf die Lederarbeiter- und die Transportarbeiter-Internationales hingewiesen, die ihre angeschlossenen Organisationen um je vier vermehren konnten, sowie auf die Landarbeiter-Internationale und die Internationale der öffentlichen Dienste und Betriebe, die einen Verlust von je drei Organisationen erlitten.

Aus unserer Bewegung

Mannheim. In der 1. ordentlichen Generalversammlung am 29. Mai berichteten die Kollegen Schwarz und Brandmaier über die Entwicklung der Filialen, die sich trotz aller Schwierigkeiten in der Agitation in aufsteigender Linie bewegt. Das beweist die Neuaufnahme von 332 Mitgliedern im ersten Vierteljahr 1930. Bei den Betriebsrätewahlen hat sich der Gesamt-Verband gut geschlagen; von 411 Betriebsratsmitgliedern sind 336 freigewerkschaftlich und davon 294 im Gesamt-Verband organisiert. Wie einflusslos die Christen mit ihren 16 Mandaten und die „kommunistische Opposition“ mit ihren 4 Mandaten sind, beweisen die Zahlen selbst. Die Kündigungen der Tarifverträge durch die Arbeitgeber, die auch in Mannheim zu verzeichnen sind, mit dem ausgesprochenen Ziel, „Verslechterungen“ für die Arbeiterschaft herbeizuführen, konnten bis jetzt abgewehrt werden. Kollege Trumppheller referierte dann über das Thema: „Der Kampf gegen die Konsumvereine und die Betriebe der öffentlichen Hand.“ Die beabsichtigte Sonderbesteuerung der Konsumvereine findet selbst in den Zentrumsarbeiterkreisen starke Empörung. Die Zoll- und Steuergesetzgebung der Regierung Brüning stellt eine Mehrbelastung der Arbeiterhaushalte bei einem Jahreseinkommen von 1200 Mk. um 100 Mk. dar, die einer Reallohn-senkung um 10 Proz. gleichkommt. Der Kampf gegen die Konsumvereine ist ein Kampf gegen die wirtschaftlich vernünftige Anwendung der Kaufkraft der Arbeiterschaft. Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft ist nicht neu; lediglich die Methoden haben sich geändert. Die hervorragende Bedeutung von Reich, Ländern und Gemeinden im Wirtschaftsleben erkennt man an der Tatsache, daß 94,2 Proz. der Wasserwerke, 82 Proz. der Gaswerke und 46 Proz. der Elektrizitätswerke im öffentlichen Besitz sind. Die technische Entwicklung dieser Betriebe hat Schritt gehalten mit der übrigen technischen Entwicklung. Die angeblich steuerliche Bevorzugung dieser Betriebe ist nur relativ zu werten. Durch die ungeheuren sozialen Aufgaben der Gemeinden sind diese gezwungen, die Versorgungsbetriebe durch Erzielung von Ueberschüssen in außerordentlich großem Maße für die Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs heranzuziehen. Die Straßenbeleuchtung und oft auch die Straßenherstellung würden in vielen Städten gleichfalls den Regiebetrieben ausgebüdet. Eine Besteuerung dieser Betriebe würde es den Gemeinden unmöglich machen, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Die Folge wäre, daß das Reich höhere Steuerüberweisungen leisten müßte. Der Wille der Arbeitnehmerschaft gegen diese brutalen Bestrebungen der Reaktion muß im bevorstehenden Gemeinbewahlkampf zum Ausdruck kommen.

Bad Münst. a. Stein. Der von der Bezirksleitung Hessen am 1. Juni 1930 in Bad Münst. a. Stein veranstaltete Betriebsräte-kursus für das Nahegebiet war von 25 Kollegen aus den öffentlichen Betrieben und 5 Kollegen aus Privatbetrieben besucht. Er wurde eingeleitet durch den Bezirksleiter, Kollegen P e g o l d, mit dem Hinweis auf die Aufgaben der Betriebsräte im Gesamt-Verband. In 6 Stunden wurde der Kursus als Arbeitsgemeinschaft

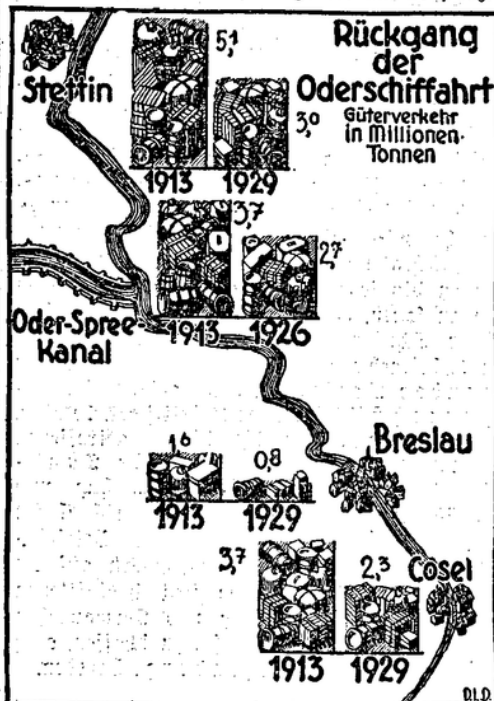
in Frage und Antwort durchgeführt. Behandelt wurde das BRG. und in der Hauptsache die aus der Betriebsrätepraxis entstehenden Fragen. Kollege Will von der Bezirksleitung wirkte hierbei als Lehrer. Bei Schluß des Kursus wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß derartige Schulungskonferenzen nach jeder Neuwahl abgehalten werden sollen, da sie nicht nur von großem Wert für die Praxis der Betriebsräte sind, sondern auch einen starken agitatorischen Wert haben.

Internationale Rundschau

Der Paneuropäischen Konferenz, die in Berlin kürzlich tagte, kam diesmal ganz besondere Bedeutung zu, da sie wohl nicht unabsehlich zeitlich zusammenfiel mit der Ueberreichung von Briands „Memorandum über die Organisation eines Systems für einen europäischen Staatenbund“. Selbstverständlich nahmen daher fast alle Redner die Gelegenheit wahr, sich in großen Zügen mit diesem Projekt auseinanderzusetzen. Namentlich die Franzosen Barthélemy, Louchet und Serruys betonten in eindrucksvollen Reden die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not. Es war aber auffallend, daß der englische Vertreter, der frühere Marineminister Amery, die Teilnahme an einem europäischen Staatenbund ablehnte. Vertreter anderer Nationen und besonders der jugoslawische Außenminister Nintschitsch behandelten das Problem Paneuropa in seinen Beziehungen zum Völkerbund. Besonders beachtlich war, daß der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Professor A e r e b o e, unter dem Gesichtswinkel der Agrarpolitik die wirtschaftliche Rettung Europas nur in dem Niederlegen der Zollschranken erkennt. Für den Vorsitzenden des Kongresses, Graf Coudenhove-Kalergi ist der paneuropäische Gedanke ein Kampf gegen das Elend zur Rettung der europäischen Kultur. Der Gedanke verbindet zu einer Schicksalsgemeinschaft, der von jeder Seite Opferwilligkeit fordere. Nur so lasse sich ein neuer europäischer Geist schaffen, ohne den Europa nicht zu retten ist.

RUNDSCHAU

Der Rückgang der Oderschiffahrt. Ist der Güterverkehr gegen 1913 im Rhein—Mainstromgebiet um 26 Proz. und auf den nord-



sache des Verkehrsrückganges. Vor allem sind hier die beträchtlichen Schwankungen in der Fahrwassertiefe der Oder zu erwähnen, die nur durch eine Oberregulierung im Unterlauf beseitigt werden können.

RUNDFUNK

Am Sonnabend, dem 21. Juni 1930, spricht von 17.55 Uhr bis 18.20 Uhr Kollege Orlopp auf der Deutschen Welle über: „Die Weltkraftkonferenz und die Arbeiter der Energiewirtschaft.“

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelsträßchen 14
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißische Straße 42